Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73/77
Fernsprecher:
Sammelnummer: Amt Zentrum 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche: 3200.
Geschäftsstelle: Amt Moritzplatz 1902, 3248, 3894.

Preis für die Einzelgespaltene Zeile Mk. 1.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 4.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 346. Dienstag, 22. Juli 1919. Morgen-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Der Friedensentwurf für Oesterreich.

Bestürzung in Wien.

St. Germain-en-Laye, 21. Juli.

Das Wiener Telegr.-Korr.-Büro meldet: Das Begleitschreiben, das gestern mit dem Friedensvertrag zugleich überreicht wurde, lautet:

Herr Präsident!

Ich habe die Ehre, Ew. Exzellenz im Namen des Oberstenrates der alliierten und assoziierten Mächte den endgültigen Text der Friedensbedingungen zu überreichen. Bei der Ausarbeitung dieses Endtextes wurde den verschiedenen Bemerkungen, die die österreichische Delegation vorgebracht hat, Rechnung getragen. Es wird daher nicht einzeln auf jede dieser Noten geantwortet. In der Beilage finden Ew. Exzellenz ein Memorandum, das alle Erklärungen enthält. Der Oberste Rat hat überdies entschieden, daß der österreichischen Regierung eine Frist von 10 Tagen, vom Augenblick der Ueberreichung des vorliegenden Vertrages angerechnet, zugestanden wird, um schriftliche Bemerkungen über die Gesamtheit des Friedensvertrages einzureichen.

Wollen Sie usw. Clemenceau.

Hauptinhalt des Friedensvertrages.

Wiedergutmachung. Welche Summen und in welchen Fristen wir sie binnen 30 Jahren zu zahlen haben, wird die im Vertrag mit Deutschland eingesetzte Reparationskommission bestimmen. Sie wird zunächst eine annehmbare Summe feststellen, die wir in den Jahren 1919 bis 1921 in Gold, Waren, Schiffen, Wertpapieren oder anderen Gütern zu erlegen haben. Von diesen Erlägen werden zuerst die Kosten der Okkupationstruppen, dann die Nahrungsmittel und Rohstoffe bezahlt, deren Bezug uns die alliierten Großmächte gestatten. Die Kommission wird dann bestimmen, in welchem Betrage wir Goldbons zu erlegen haben.

Die Kommission wird dafür Sorge tragen, daß die Steuerbelastung bei uns nicht niedriger ist, als in einigen der an der Kommission teilnehmenden Staaten. Sie wird auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutsch-Oesterreichs und auf die Wertsteigerung seiner Zahlungsfähigkeit Rücksicht nehmen, so lange sich die Situation Deutsch-Oesterreichs nicht ändert. Wir haben alle Seeschiffe abzutreten, die Kriegsverluste an Flußschiffen zu ersetzen, doch nicht über 20 v. H. des Schiffsparkes vom November 1918. Wir haben Tiere, Maschinen und andere Gegenstände zu ersetzen, wobei darauf Rücksicht zu nehmen ist, daß unsere industrielle Tätigkeit nicht desorganisiert wird. Insbesondere sollen keinem Unternehmen mehr als 30, v. H. seiner Einrichtung genommen werden. Vorläufig sind 6000 Milchkühe, 2000 Stück Jungvieh, 100 Stiere, 3000 Fohlen, 2000 Stück Zugvieh, 2000 Zuchtstuten, 1000 Schafe und 1000 Mutterschweine zu liefern, die zwischen Italien, Serbien und Rumänien geteilt werden. Wir sollen ferner einen zu bestimmenden Teil der in Deutsch-Oesterreich zum Verkauf bereiten Vorräte an Wolle zu liefern. Für fünf Jahre wird den alliierten und assoziierten Regierungen eine Option auf den Bezug von Holz, Eisen und Magnesit zu den Inlandspreisen eingeräumt. Die Mengen sind unter Berücksichtigung der früheren Produktion der Monarchie und des auf Deutsch-Oesterreich entfallenden Teiles der Produktionsstätten von der Wiederherstellungskommission zu bestimmen. Eine Kommission von drei Rechtsgelehrten wird untersuchen, ob eine Reihe besonders genannter Bilder und Sammlungsobjekte nicht unrechtmäßig aus Italien weggebracht wurde und zwar insbesondere italienische Konjunoien, die Madonna von Sarto, vier Bilder von Bertoggio, die Biblia Vulgata, das breviarium Romanum und das Officium beatae virginis.

Finanzielle Bestimmungen. Für die aus dem Friedensvertrag entspringenden Verpflichtungen wird eine erste Hypothek auf das Staatseigentum und die Staatseinnahmen gelegt. Inzwischen für die Bezahlung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen eine Priorität vor den Wiederherstellungskosten eingeräumt wird, werden die Grundmärke bestimmen. Die hypothekierten Staatsschulden werden unter die Staaten aufgeteilt, welche Gebiete der Monarchie übernehmen.

Die Wiederherstellungskommission wird bestimmen, welcher Teil dieser Schulden den übernommenen Eisenbahnen und dem anderen übernommenen Staatseigentum entspricht. Die nichthypothekierten Kriegsschulden werden von der Wiederherstellungskommission nach Verhältnis der einzelnen Gebiete an denjenigen Staatseinnahmen der Jahre 1911—1913 verteilt werden, welche die Kommission als gerechten Maßstab der Leistungsfähigkeit dieser Gebiete ansieht. Die Kriegsanleihen werden gestrichen. Die anderen Staaten mit Ausnahme Deutsch-Oesterreichs haben keine Verpflichtungen gegen die Inhaber der auf ihrem Gebiet befindlichen Kriegsanleihen, ohne diese Staaten und ihre Staatsangehörigkeit haben auch keinen Anspruch gegen Deutsch-Oesterreich. Die im früheren Rußland befindlichen Kriegsanleihen verpflichten nur Deutsch-Oesterreich. Jeder Staat behält das Staatseigentum, das sich auf seinem Gebiet befindet. Was die anderen Staaten mit Ausnahme Deutsch-Oesterreichs auf diese Weise erhalten, wird zu ihren Lasten auf das Wiederherstellungskonto Deutsch-Oesterreichs gebucht, wobei die von den anderen Staaten übernommenen Schulden, so weit sie den von ihnen für dieses Staatseigentum gemachten Aufwendungen entsprechen, abgerechnet werden. Dagegen geht das Vermögen von Ländern, Gemeinden, Schulen und Spitälern, und ferner die Wälder des ehemaligen Königreiches Polen ohne Zahlung auf die neuen Staaten über. Eine Kommission der beteiligten Staaten wird sich über alle finanziellen Fragen verständigen, die durch die Auflösung der Monarchie und durch die im Friedensvertrag enthaltene Neuorganisation der Staatsschulden und des Gebietes notwendig werden. Insbesondere werden Meinungsdifferenzen über Banken, Versicherungsgesellschaften, Sparkassen, Postsparkassen, Pfandbriefe und Hypothekenanstalten zu treffen sein. Wenn keine Einigung erzielt wird oder eine der beteiligten Regierungen eine ungerechte Behandlung ihrer Staatsangehörigen beklagt, wird die Wiederherstellungskommission ein Schiedsgericht bestimmen, dessen Entscheidung unwiderruflich ist.

Barfreien. Innerhalb weiter Monate haben alle Succeffionsstaaten, die auf ihrem Gebiete befindlichen Noten abzustempeln und die innerhalb 12 Monaten durch ihr eigenes Geld zu ersetzen. Die aus dem Verkehr gezogenen Noten sind der Wiederherstellungskommission zurückzugeben. Die Oesterreichisch-Ungarische Bank ist sofort zu liquidieren. Die am 15. Juni 1919 im Auslande befindlichen Noten übernehmen Deutsch-Oesterreich und Ungarn allein.

Jeder einzelne Staat haftet für die auf seinem Gebiete befindlichen Schuldverpflichtungen, Zivil- und Militärpensionisten des alten österreichischen Kaiserstaates, die auf Grund dieses Vertrages die Staatsangehörigkeit eines anderen Staates als Deutsch-Oesterreich erwerben oder erworben werden, haben aus dem Titel ihrer Pension gegen die deutsch-österreichische Regierung keinen Anspruch.

Verkehr. Aenderungen des ersten Entwurfes, Streichung des Konkurrenzverbotes, Teilnahme an der Konferenz zur Festsetzung des neuen Donauregimes. Internationalisierung des Rhein-Main-Donau-Kanals und Streichung der allgemein gehaltenen Verpflichtung zur Duldung von Bahnbauten, ferner Einbeziehung der March und der Thaya in das internationale Donauregime.

Die neuen Grenzbahnhöfe zwischen Deutsch-Oesterreich und den benachbarten alliierten und assoziierten Staaten, sowie die Betriebsführung zwischen den Grenzbahnhöfen soll durch eine Vereinbarung unter den beteiligten Bahnverwaltungen festgesetzt werden. In Ermangelung dieser Einverständnisse wird von den alliierten und assoziierten Mächten eine sachverständige Kommission bestimmt werden, in der Deutsch-Oesterreich vertreten sein wird. Wenn die Privatbahnen der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie mehrere Staatsgebiete berühren, soll die administrative und technische Reorganisation dieser Netze durch eine Vereinbarung zwischen den Gesellschaften und den beteiligten Staaten durchgeführt werden. Wenn kein Einverständnis zustande kommt, sowie auch im Falle von Streitigkeiten über den Rückkauf, entscheidet ein Schiedsrichter, der vom Rat des Völkerbundes bezeichnet wird. Dieser Schiedsrichter kann im Falle der Südbahn sowohl von der gesellschaftlichen Verwaltung wie auch von den Propriätären angerufen werden. Den Bau der Reichen- und Prerl-Bahn kann Italien fünf Jahre nach Inkrafttreten des Friedensvertrages von uns verlangen. Italien wird die Kosten zahlen, es wird aber ein vom Völkerbund zu bestimmender Schiedsrichter entscheiden, welchen Teil der Kosten wir an Italien erstatten müssen. Der tschechische Korridor von Pretburg gegen Fiume ist in zwei Zonen geteilt: Die eine von Pressburg über Odenburg, also über deutsch-österreichisches Territorium nach Prageroff, die andere durchaus auf ungarischem Gebiete nach Prageroff. Es ist ein neuer Artikel aufgenommen worden über die Freiheit des Transits für den Telegramm- und Telephonverkehr nach Analogie der Grundsätze für die Freiheit des Transits beim Eisenbahn-, Schiffs- und Postverkehr.

Die Aufnahme in Oesterreich.

P. Wien, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Bevölkerung des Verbandes sind der Bevölkerung in Deutsch-Oesterreich infolge des Streiks bei den Zeitungen im großen und ganzen noch vollständig unbekannt geblieben. Nur ein kleiner Kreis von Journalisten und Politikern hat Gelegenheit gehabt, sich mit ihrem Inhalt vertraut zu machen. In diesen Kreisen herrscht über die Härte der Bedingungen, die die schlimmsten Erwartungen übertreffen, nur die einstimmige Niedergeschlagenheit. Man ist geradezu niedergeschmettert über die Härte dieser Bedingungen. Das gilt in gleichem Maße bezüglich der finanziellen und Wirtschaftsbedingungen wie hinsichtlich der Gebietsfragen. Was die letzteren betrifft, so bilden den einzigen Lichtblick die Bestimmungen über Kärnten. Es ist anzunehmen, daß die Abstimmung, die in Kärnten bevorstehen wird, tatsächlich trotz aller südslawischen Gewalttaten zugunsten Oesterreichs ausfallen wird, so daß Klagenfurt und seine Umgebung bei Deutsch-Oesterreich bleiben werden. Die Steiermark geht, selbstverständlich auch Marburg mit seinen 80 % Deutschen an den südslawischen Staat verloren. Eine sehr schwache Kompensation wird Deutsch-Oesterreich im Osten durch Ungarn angeboten, wo zwar das reiche, fruchtbare Gebiet von Odenburg bis an den Neusiedlersee an Oesterreich fallen soll, damit aber nur ein ganz verschwindend kleiner Teil des deutschen Gebietes Westungarns. Das übrige wird zum Teil an die Tschechoslowakei fallen. Im Süden sind die Grenzen gegenüber der Tschechoslowakei außerordentlich ungünstig. Der tschechische Staat bringt bei Znaim und bei Gmünd tief in rein deutsches Gebiet ein.

Was die wirtschaftlichen Bedingungen betrifft, so werden sie als vollständig ruinös für Deutsch-Oesterreich bezeichnet. Das arme Deutsch-Oesterreich ist nicht imstande, diese Bedingungen zu erfüllen. Besonders raffiniert ist die Bestimmung, daß die anderen Staaten nicht verpflichtet sind, diesen Untertanen die Zinsen der Kriegsanleihe, die von ihnen gezeichnet wurden, zu zahlen. Das richtet sich insbesondere gegen die Deutschen in der Tschechoslowakei, die besonders eifrig Kriegsanleihe gezeichnet haben und deren Vermögen dadurch ruiniert wird. Da auch viele Deutschböhmen und Deutsch-Mähren ihre Werte in österreichischen Sparkassen angelegt haben, werden diese dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Die Stimmung ist verzweifelt.

Verurteilung durch die französische Presse.

Drahtmeldung.

Versailles, 21. Juli.

Der gestern überreichte österreichische Friedensentwurf hat keine gute Presse. „Echo de Paris" sagt: Man kann eine Volksmasse, die so bedeutend ist, wie der germanische Block, zwischen Rhein und Weichsel, nicht vernichten; selbst wenn der Vertrag von Versailles dem Buchstaben nach ausgeführt werden wird, wird das Deutsche Reich schon allein durch seine Masse mächtig bleiben. Mit seinen sechs bis sieben Millionen Einwohnern wird Oesterreich glatt und einfach durch den Vertrag unter die Vormundschaft der Verbündeten gestellt. Die Wiedergutmachungskommission wird über Oesterreich herrschen. „Journal": Hier wird kein Frieden geschlossen, hier wird einfach kaudiert. Auch „Figaro" ist skeptisch. Die Oesterreicher würden durch den Vertrag infinitiv dazu getrieben, Hilfe bei Deutschland zu suchen. Das österreichische Problem lasse sich übrigens auch nicht lösen, solange in Rußland und Ungarn keine normalen Zustände seien. Scharf verurteilt „Humanité" den Vertrag. Er übermittelte zweifellos Millionen Deutschböhmen der tschechischen Oberherrschaft, ohne ihnen den Schutz des Völkerbundes angedeihen zu lassen, der den 500 000 Tschechen in Deutsch-Oesterreich zugestanden werde. Das Blatt fordert zum Kampf gegen diesen Vertrag auf. Auch „Matin" ist der Ansicht, daß die finanziellen Klauseln nur ein Spiel mit Worten seien. „Oeuvre" erklärt, man wolle Oesterreich zu einem Vasallentum verteilen, aus dem es nie die Kraft haben werde, sich zu befreien. Durch diese ungeschickte Politik überliefere man die junge Demokratie dem Bolschewismus und Deutschland. Nur Clemenceaus Organ „Homme libre" glaubt, der Friedensvertragsentwurf sei ein neuer Schritt zum wirtschaftlichen Frieden in Mitteleuropa, der schließlich auch dem Bolschewismus in Rußland ein Ende bereiten müsse.

Erzbergers Finanzreform.

Die Zusammenkunft der Hochschulprofessoren.

O. J. **Weimar**, 21. Juli.

Wie in der heutigen Morgenausgabe gemeldet, fand am Sonntag auf Einladung des Reichsfinanzministers Erzberger eine Zusammenkunft der Vertreter der Finanzwissenschaft und des Finanzrechts an den deutschen Universitäten, Technischen Hochschulen, Landwirtschaftlichen Hochschulen, Verwaltungshochschulen und Handelshochschulen statt, um über die Frage der Ausbildung der künftigen Finanzbeamten zu beraten. Man hatte an ungefähr 55 Professoren und Dozenten Einladungen ergehen lassen, von denen der weitaus größte Teil erschienen war. Unter den Anwesenden bemerkte man vom Reichsfinanzministerium außer Minister Erzberger, der ununterbrochen die Verhandlungen leitete und ihnen mit der größten Aufmerksamkeit folgte, den neu ernannten Unterstaatssekretär Moesle sowie die Geheimräte Saemisch und Norden. Vom Preußischen Finanzministerium war Wirkl. Geh. Oberfinanzrat Dr. Schwarz anwesend, als Gast wohnte der Gesandte der deutsch-österreichischen Republik Professor Rudo Hartmann bei. Von den Bundesstaaten waren Vertreter der Unterrichts- und Finanzverwaltung erschienen.

Der stimmungsvolle, mit den beiden Büsten der Weimarer Dichter geschmückte Saal des Landtags von Sachsen-Weimar war gefüllt mit den besten Vertretern der nationalökonomischen Fakultäten, daneben hatte man Vertreter der Staatsrechts und des Steuerrechts sowie der Privatwirtschaftslehre eingeladen. Von Berliner Instituten hatten Vertreter entsandt die Universität (Sering, Schumacher, Jastrow), die Technische Hochschule (Wolf), die Handelshochschule (Prion und Leitner) sowie die neu begründete Verwaltungsakademie. Von Nationalökonomen aus dem Reiche seien erwähnt die Finanzwissenschaftler Schanz (Würzburg), Eheberg (Erlangen), Köppe (Marburg), Alfred Weber, Gerloff (Innsbruck), Diehl (Bonn), Lotz (München). Die Privatwirtschaftslehre wurde repräsentiert u. a. durch Nicklisch (Landwirtschaftliche Hochschule Hohenheim-Stuttgart), Schmalenbach (Universität Köln) und Nicklisch (Handelshochschule Mannheim). Von Staatsrechtlern waren erschienen Zielmann und Anschütz.

Die sehr interessanten Verhandlungen, die von vormittags 10 bis abends 8 Uhr dauerten, wurden durch eine inhaltreiche Rede des Ministers Erzberger eingeleitet, über die das Programm in der heutigen Morgenausgabe kurz informierte. Aus dem Inhalt der Darlegungen des Finanzministers, die sich teilweise noch der öffentlichen Behandlung entziehen, geben wir nachstehende Einzelheiten wieder.

Der Gesamtbedarf des Reiches einschließlich der Aufwendungen für die Bundesstaaten und die Gemeinden wird auf 25 Milliarden Mark zu bemessen sein. Diese Höhe erklärt sich dadurch, daß in Zukunft die Steuererhebung nicht mehr von jedem der drei Glieder einzeln, sondern vom Reich gemeinsam vorgenommen wird, und daß das Reich die Verteilung vornimmt. Von den 25 Milliarden dürfte das Reich für sich etwas über 17 Milliarden Mark beanspruchen, hiervon entfallen 10 Milliarden Mark auf den Schuldendienst und 4 Milliarden auf die Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Will man den Staatsbankerott vermeiden, dann muß man für diese Beträge Einnahmen verschaffen, und der Minister entwickelt offen, welche Pläne er sich in dieser Beziehung gemacht hat. Unter Berücksichtigung der früheren Einnahmen, der im Kriege geschaffenen Steuern und der Ersparnisse sind 8 Milliarden Mark zu erwarten, die fehlenden 17 Milliarden müssen aus neuen Quellen geschöpft werden. Als solche kommt in erster Reihe der Ausbau der Umsatzsteuer in Betracht, die ein wesentlich gesteigertes Ergebnis bringen soll. Ferner das „Reichsnotopfer." Nicht zu umgehen wird ferner eine Besteuerung wichtiger Lebensbedürfnisse sein, wenn die notwendigen Mittel aufgebracht werden sollen. Den Schlußstein in diesem System bildet die Reichseinkommensteuer, als deren intregierender Bestandteil die Kapitalertragssteuer anzusehen ist. Im Gegensatz zu dem ersten Entwurfe der Kapitalertragssteuer wird die neue einen Besteuerungssatz von 25 bis 30 Prozent aufweisen. Da eine Staffelung der Kapitalertragssteuer nach dem Vermögensbesitz des Steuerpflichtigen nicht möglich ist, — denn die Steuer soll ja an der Quelle erhoben werden — so ist ein besonderes System erdacht, um die Ungleichheiten im Kapitalbesitz zu beseitigen. Man wird denjenigen, deren Kapitalbesitz bestimmte Höhen nicht übersteigt, nach festzusetzenden Stufen Steuerbons als Rückvergütung für die bereits gezahlte Kapitalertragssteuer ausfertigen, die an den Steuerkassen zu Zahlungs Statt für andere Steuern angenommen werden. Hierdurch hofft man, die kleineren Kapitalisten vor einer zu hohen Belastung ihres Renteneinkommens zu schützen.

Die Reichseinkommensteuer selbst wird nach verschiedenen Sätzen gestaffelt werden. Die Einzelheiten hierüber sollen erst später bekannt gegeben werden. Grundsatz ist, daß nur das Reich Einkommensteuern erheben darf, daß weder die Gliedstaaten noch die Kommunen Zuschläge zur Einkommensteuer erheben dürfen. Da in Zukunft die Erhebung sämtlicher Steuern überwiegend Reichsangelegenheit ist, so fällt die bisherige Berechtigung für bundesstaatliche oder kommunale Zuschläge fort. Es gibt in Zukunft nur eine einheitliche Besteuerung im ganzen Deutschen Reiche, die „Steuerinseln", die bisher bestanden, (z. B. die Kolonie Grunewald, sowie zahlreiche süddeutsche Gemeinden), können in Zukunft auf, und damit sind Abwanderungen des Kapitals im Inlande aus steuerlichen Gründen geschlossen.

Die einheitliche Erhebung der Reichseinkommen- und der Reichsvermögenssteuer legt dem Reich einen Teil von Verpflichtungen auf, die bisher Sache der Einzelstaaten waren, in erster Reihe gehören hierher die Kulturaufgaben. Minister Erzberger bemerkte wörtlich, daß in Zukunft das Kulturleben des neuen Reiches nicht verkümmern dürfe. Wenn das Reich Träger der Steuerhoheit wird, dann muß es auch die Einzelstaaten instand setzen, ihre Aufgaben zu erfüllen; und das geschieht dadurch, daß das Reich u. a. die alten Unterstützungen mitübernimmt, und daß Reichsfonds in den einzelnen Staaten geschaffen werden für besondere Bedürfnisse der Gemeinden.

Den Gliedstaaten verbleiben in der Hauptsache die Erbschaftssteuer sowie die Grund-, Gewerbe- und Gebäudesteuern. Auch auf die Reichsvermögenssteuer wird zugunsten der Bundesstaaten verzichtet. Für diese Steuern sowie für die Gebühren und die örtlichen Abgaben sollen vom Reiche für alle Bundesstaaten einheitliche Normativbestimmungen aufgestellt werden.

Die Gliedstaaten werden nach einem bestimmten Schlüssel beteiligt an den Reichseinnahmen, wobei der gesamte Durchschnitt der Schecks zugrundezulegen ist wird. Sie erhalten ferner einen Anteil von 20 % bei der Erbschaftssteuer und von 50 % bei der Grunderwerbssteuer. Außerdem haben sie in einem noch zu bestimmenden Prozentverhältnis an der Einkommen- und der Umsatzsteuer Anteil.

Voraussetzung für die große Finanzreform ist die Schnelligkeit ihrer Einführung. Damit soll nicht gesagt werden, daß die Vorlagen nun so rasch wie möglich „durchgepeitscht" werden, eine gründliche Durchberatung ist notwendig, aber je rascher wir die Einnahmen schaffen, um so eher gewinnt das Ausland zu uns Vertrauen, um so schneller können wir Auslandskredit erlangen, der zurzeit für uns noch unerreichbar ist.

Die neue Reichseinkommensteuer soll möglichst mit den direkten Steuern schon am 1. April 1920 in Kraft treten. Auch hier will man so viel wie möglich die Erfassung der Steuererträge an der Quelle vornehmen, namentlich auch den Arbeitgeber ähnlich wie bei der Invaliditätsversicherung mit heranziehen.

Um die ungeheuren Aufgaben, die mit der gewaltigen Finanzreform verknüpft sind, auch nur einigermaßen lösen zu können, ist eine gründliche Reform unserer ganzen Steuerorganisation notwendig, und diese soll ebenfalls so schnell wie möglich geschaffen werden. Da die Steuerarbeitung jetzt Reichssache wird, so werden die Steuerbeamten in Zukunft Reichsbeamte. In welcher Weise sich der Aufgabenkreis dieser Beamten verschiebt, geht daraus hervor, daß in Zukunft 75 % der Einnahmen der Reichsfasse zufließen (gegen früher 35 %), wohingegen die Gliedstaaten 10 %, die Gemeinden 15 % (früher beide zusammen 65 %) erhalten.

Ein gewaltiges Heer von Beamten wird notwendig sein, um die ungeheure Arbeit der Steuereinziehung, Buchkontrolle, Bilanzprüfung usw. zu bewältigen. Für die Ausbildung dieser Beamten sollen in den einzelnen „Finanzamtsbezirken" besondere Ausbildungskurse, an denen Theoretiker und Praktiker mitarbeiten, geschaffen werden. Grundsatz ist dabei die Einheitlichkeit der Ausbildung und die Einheitlichkeit der Veranlagung im ganzen Deutschen Reiche. Durch die gründlichere Vorbildung der Steuerveranschlagungsorgane soll der Ausfall an Steuererträgen infolge des Landverlustes, den der Frieden mit sich bringt, ausgeglichen werden.

Vom 1. Oktober 1919 ab wird eine Reichsvermögensverwaltung geschaffen, der u. a. die Truppenübungsplätze, Kasernen usw. übergeben werden. Die Organisation der Steuerbehörden im Deutschen Reiche wird von Grund auf geändert, wobei die süddeutschen Verhältnisse zum großen Teil als Vorbild für das Reich gelten. Die oberste Stelle ist das Reichsfinanzministerium, dem die Landesfinanzämter unterstehen. Diese sind zergliedert in drei Abteilungen: je eine für direkte und Verkehrssteuern, für Zölle und für Vermögensverwaltung. Der Unterbau ist das Finanzamt, eine für Preußen neue Einrichtung. Insgesamt werden voraussichtlich 20 Finanzämter geschaffen, davon entfallen u. a. auf Bayern 2, auf die sieben thüringischen Staaten zusammen 1 Finanzamt.

Die Finanzämter sollen bereits am 1. Oktober 1919 in Tätigkeit treten. Aufgabe der Hochschulen soll es sein, so schnell wie möglich das vorhandene Beamtenmaterial entsprechend fortzubilden. Die neuen Beamtenanwärter in besonderen Kursen zu erziehen und zuzubilden. Dabei wird Wert auf besondere Kenntnis der Steuerpsychologie und Steuermoral sowie der Steuerpsychologie und Steuerrechts, der Finanzwissenschaft, des Finanzrechts, der Volkswirtschaftslehre gelegt. Wie ergänzend Professor Prion mitteilte, kommen drei Kategorien in Betracht: die laufende Ausbildung der zukünftigen Beamten, die Fortbildung der mittleren Beamten und die Ausbildung der jetzt notwendigen neuen Beamten.

In der sehr umfangreichen Diskussion, die sich über das Thema „Die Ausbildung der Finanzbeamten" anschloß, gab Reichsminister Erzberger auf Anfrage noch eine ganze Reihe von interessanten Auskünften über die schwebenden Finanzprobleme. Er wies darauf hin, daß wir bis 1. Mai 1921 20 Milliarden Goldmark der Entente zu bezahlen haben, was bei dem heutigen Werte 66 Milliarden Papiermark darstellen würden. Trotz dieser ungeheuren Höhe sein wir oben, so erklärte der Minister, imstande, den weitaus größten Teil dieser Summe zu regulieren, da die Werte, die uns von der Entente angerechnet werden auf Grund unserer Leistungen, schon jetzt einen sehr erheblichen Betrag der erwähnten Summe ausmachen.

Im Anschluß daran gab der Minister den anwesenden Hochschullehrern einen Einblick in die wichtigsten Pläne zur Verhinderung der Steuerdefraudationen, die außerordentlich weitgehend sind. Die geplanten Maßnahmen sollen in gleicher Weise zur Unterdrückung der Steuerdefraudation und zur Verhinderung der Kapitalflucht ins Ausland dienen. Hierher gehört die von uns bereits angekündigte Abstempelung der Wertpapiere, Coupons und Talons mit der Maßgabe, daß die nicht zur Abstempelung eingereichten Stücke zugunsten des Reiches verfallen. Ergänzt wird diese Maßnahme durch die Pläne des Reichsfinanzministers, den gesamten Notenumlauf einer Kontrolle zu unterziehen, wobei er hofft, ungeheure Summen von ghamsterstem Geld aus dem Versteck zu locken. Schließlich kommt eine Kontrolle

des Auslandbesitzes deutscher Kapitalisten in Betracht, die, wenn sie nach den Ideen Erzbergers zur Ausführung gelangt, für diejenigen, die ihren Besitz bei der Steuerdeklaration nicht angeben, eine bisher noch nicht bekannte Form der Schädigung dieser finanziellen Deserteure darstellen wird. Erzberger selbst erklärte, daß seine Maßnahmen in gewissem Sinne „geradezu als brutal" anzusehen seien, aber er sagte selbst, daß er keinem Mittel zurückschrecken wird, das ihm geeignet erscheint, versteckte Geld herauszulocken oder Steuerdefraudanten den Betrag zu entziehen, den sie bei ihrer Steuererklärung verheimlicht haben.

Alles in allem plant Erzberger einen scharfen Zugriff des Reiches in Vermögen und Einkommen mit drakonischen Strafmitteln für die Widerspenstigen, aber zugleich den Beginn einer Steuermoral, wie sie die Voraussetzung für uns sein muß, wenn derartig hohe Summen, wie wir sie jetzt aufzubringen haben, überhaupt einkommen sollen.

Die letzte Voraussetzung aber all dieser Pläne ist, daß zunächst einmal „in der unteren Etage des Deutschen Reiches" wieder angefangen wird zu arbeiten, da sonst jede Finanzreform auf dem Papiere steht.

Die gestrige Kabinettssitzung.

Das Reichskabinett hat Montag nachmittag 5 Uhr eine Sitzung abgehalten, in welcher zwei Gesetzesvorlagen besprochen wurden; die eine davon betrifft ein Gesetz gegen den Wucher bei Vermietung von Räumen, die andere einen Entwurf über die Fortsetzung einer Invaliditätsversicherung auf Grund eines Militärrentenverfahrens.

Das Thüringer Vorparlament.

K. Weimar, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Arbeitsausschuß, der zur Vorbildung eines Parlaments für das gesamte Thüringen zusammengetreten ist, hat heute in Weimar getagt und wird auch in den nächsten Tagen seine Beratungen fortsetzen. Nach einer Meldung der „Weimarischen Landeszeitung" wird das Thüringer Vorparlament voraussichtlich Ende August oder Anfang September zusammentreten, nachdem sämtliche beteiligten Landesparlamente ihre Vertreter gewählt haben werden. Nach der Parteistellung gehören dem Thüringer Parlament 16 Sozialdemokraten, je 10 Unabhängige und Demokraten, 4 Deutschnationale und 4 Mitglieder der Deutschen Volkspartei an. Es soll nach Meldungen Thüringer Blätter eine Erklärung des preußischen Ministeriums vorliegen, in der gesagt wird, daß Preußen in loyaler Weise alle auf die Schaffung eines abgerundeten, selbständigen Freistaates Thüringen gerichteten Schritte fördern und gegen die Einbeziehung der dazu nötigen preußischen Gebietsteile keinen grundsätzlichen Einspruch erheben werde.

Scharfe Verurteilung des Schulkompromisses.

Auf Einladung des preußischen Kultusministers traten gestern die Vertreter der Unterrichtsverwaltungen verschiedener deutscher Einzelstaaten in Berlin zusammen, um zu der Lage Stellung zu nehmen, die für die Schulverwaltungen durch die am Freitag in der zweiten Lesung erfolgte Annahme des Schulkompromisses durch die Nationalversammlung geschaffen worden ist. Die Beratungen beschränkten sich selbstverständlich auf die schul- und verwaltungstechnische Seite der Sache. Es herrschte volle Uebereinstimmung darüber, daß für die Einzelstaaten die praktische Durchführung des Schulkompromisses die denkbar größten Schwierigkeiten ergeben müßte. Für einzelne Staaten wäre sie geradezu ein Ding der Unmöglichkeit. Es wurde beschlossen, sich in letzter Stunde noch in einer dringenden Vorstellung an die Reichsregierung zu wenden und zu verlangen, daß die Schularteikel der Grundrechte vor ihrer endgültigen Verabschiedung einer gründlichen schul- und verwaltungstechnischen Durchprüfung unter Zuziehung der einzelstaatlichen Verwaltungen unterzogen werden.

Ein deutscher Dampfer requiriert.

W. Stettin, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Dampfer „Hofatia" der Reederei Kunstmann-Stettin, welcher während des Waffenstillstandes zwischen Deutschland und den russischen Ostseehäfen Truppen beförderte, ist jetzt von dem englischen Militärgouverneur in Libau requiriert worden, um Verbandstruppen nach Narwa zu transportieren. Die erste Ausreise von Libau erfolgte am 19. d. M. Der Dampfer fährt unter deutscher Flagge und unter Besatzung der Reederei.

Das Verbandsbataillon für Flensburg.

Eigene Drahtmeldung.

V. Kopenhagen, 21. Juli. Wie das Pariser „Journal" meldet, hat Marschall Foch die deutsche Regierung ersucht, für den Transport eines alliierten Bataillons von Köln nach Flensburg Sorge zu tragen, wo es den Ordnungsdienst während der Abstimmung in Schleswig übernehmen soll.

Wie der Korrespondent der „Berlingske Tidende" in Paris aus zuständiger Stelle erfahren hat, liegt man es dort nicht für unmöglich an, daß es noch noch zur Räumung der dritten schleswigschen Zone kommen wird. Obschon Deutschland den Friedensvertrag ratifiziert habe, seien doch noch Fragen der Ausführung verschiedener Bestimmungen in der Schwebe, unter diesen Bestimmungen über Schleswig. Die alliierten und assoziierten Mächte seien durch nichts behindert, ihrerseits Zusätze zu dem Vertrag vorzuschlagen oder mit besonderen Auslegungen der einzelnen Paragraphen hervorzutreten. Der Korrespondent legt an, die Räumung der dritten Zone in Paris durch eine neue Delegation vertragen zu lassen, die „wirklich eine Vertretung des dänischen Volkes, und besonders der interessierten schleswigschen Bevölkerung, nämlich der Dänen in der zweiten Zone" darstelle.

Mexikos Konflikt mit Amerika.

Drahtmeldung.

Amsterdam, 21. Juli. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington, daß die amerikanische Regierung bei der mexikanischen wegen der am 6. Juli in der Nähe von Tampico erfolgten Beraubung amerikanischer Matrosen des amerikanischen Monitors „Cheyenne" Vorstellungen erhoben hat. Das Kriegs- und Marinedepartement versuchen nicht, den Ernst der Lage abzuschwächen.

Die bulgarische Grenzfrage.

R. Basel, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einem Pariser Bericht der Agence centrale beschloß die Kommission für Bulgarien in ihrer letzten Sitzung, ihre Arbeiten einzustellen, da es dem Obersten Rat vorbehalten sein soll, das Problem der bulgarischen Grenze endgültig zu erledigen. Innerhalb der Kommission machten sich zwei entgegengesetzte Ansichten geltend. Nach der einen soll Bulgarien vom Aegäischen Meer vollständig abgeschnitten werden, andere Kommissionsmitglieder treten für die Zulassung Bulgariens zur ägäischen Küste ein. Die Gebietsabgrenzung des östlichen Thrazien kann nicht erfolgen, ehe die Aufteilung der Türkei geregelt ist.

Allenby Oberbefehlshaber in Kleinasien.

Versailles, 20. Juli. Nach der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune" wurde der englische General Allenby zum Befehlshaber der alliierten Streitkräfte in Kleinasien ernannt. Seine Truppen werden sich zusammensetzen aus Griechen, Italienern und kleinen französischen und englischen Kontingenten. General Allenby wurde gleichzeitig auch zum Generalgouverneur von Smyrna ernannt.

Denikins Vormarsch.

Helsingfors, 19. Juli. Ein amtlicher bolschewistischer Funkspruch gibt zu, daß die Denikin-Armee die Linie Bogodukos—Bielgorod—Ostrogaschk erreicht hat.

Englische Niederlage in Indien.

St. Haag, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wie Reuter meldet, haben 4000 Mann von den Grenzstämmen, welche mit den Afghanen zusammen kämpfen, einen britischen Convoy auf dem Wege nach Fort Landeman an der afghanischen Grenze überfallen und sich des ganzen Convoys bemächtigt.

Den englischen Blättern zufolge teilte Churchill mit, daß die englische Truppenstärke in Aegypten und Indien nicht herabgesetzt werden könne, da afghanische und bolschewistische Agenten in diesen Ländern tätig sind. Die englische Rheinarmee, die gegenwärtig aus zehn Divisionen besteht, wird im Spätherbst auf zwei Divisionen verringert werden.

Ein „Hoch" auf Deutschland.

R. Basel, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Auf der Rückreise nach Amerika stattete ein Teil der in Paris weilenden der Friedensverhandlungen anwesend gewesenen Journalisten in den letzten Tagen auch der Schweiz einen Besuch ab. Am letzten Sonnabend berührten die meisten die Stadt Basel, wo am Abend ein Festbankett den Abschluß bildete. Bei den üblichen Begrüßungsansprachen trat auffallendverweise der Stimmungsumschwung hervor, wie er sich gegen Kreise der Liga hemerkbar macht. Lincoln Steffen, der in Amerika bekannte Volkswirtschaftler und Verleger der bedeutenden Zeitschrift „American Magazine", bezeichnete den in Paris abgeschlossenen Frieden als einen schlechten Frieden, der nur Haß auslösen müsse. Der Friede müsse erst noch kommen. Alle Länder, auch Amerika und die Schweiz, hätten ihre Selbständigkeit verloren. In das Hoch auf die Freundschaft aller Nationen schloß Steffen auch das Deutsche Reich mit ein und fügte hinzu, daß dieses Hoch auch insbesondere des Dasseins Einheit findet.

Das neue spanische Kabinett.

R. Basel, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung). Nach einer Madrider Havasmeldung setzt sich das neue spanische Kabinett wie folgt zusammen: Ministerpräsident Santo Poece, Aeußeres Lemo, Justiz Pasqual y Amato, Finanzen Bugallal, Inneres Bourgos, Kriegsminister General Tovar, Marine Admiral Flores, öffentliche Arbeiten Cbalderon, Unterricht Prado y Palacios, Ernährung Machules. Die Minister legten am Sonntag abend den Eid ab.

Die Kämpfe der Spanier in Marokko.

Amsterdam, 21. Juli. „Times" meldet aus Tanger, daß die Umbulanzen nach immer spanische Verwundete aus der Schlacht mit Raisuli eindringen. Sowohl die Spanier als Raisuli haben große Verluste erlitten, und die bevorstehenden Kämpfe werden äußerst erbittert sein.

Neue Statuten der Transportarbeiterorganisation.

Amsterdam, 21. Juli. Der von dem internationalen Transportarbeiter-Kongreß, der im April in Amsterdam tagte, ernannte Ausschuß zur Ausarbeitung der neuen Statuten der Transportarbeiter-Internationale und zur Vorbereitung des nächsten internationalen Kongresses der Transportarbeiterorganisationen aller Länder hat in seinem am Freitag, Sonnabend und Sonntag in Amsterdam abgehaltenen Sitzungen die neuen Statuten entworfen. Der Entwurf wird noch diesen Monat an die Transportorganisationen aller Länder verschickt werden. Es wurde beschlossen, für den 10. November und die folgenden Tage einen internationalen Kongreß nach Christiania einzuberufen, der sich hauptsächlich mit den neuen Statuten befassen wird. Bisher haben sich bei dem neuen internationalen Transportarbeiterbund der deutsche, englische, österreichische, schweizerische und belgische Transportarbeiterbund angeschlossen, ferner die deutschen Eisenbahnerorganisationen, die schwedische Eisenbahnerorganisation und die holländische Organisation der Transportarbeiter und Eisenbahner. Der Anschluß der englischen, spanischen, österreichischen und französischen Eisenbahnerorganisationen und der französischen Transportarbeiterverbände steht so gut wie sicher für die nächste Zeit bevor, so daß der internationale Transportarbeiterverband auf dem Kongreß in Christiania eine Mitgliederzahl von sieben bis acht Millionen zu vertreten haben wird. Der Ausschuß beschloß ferner die Ausgabe eines internationalen Organs mit dem Titel: „Der Internationale Transportarbeiter", das von dem Sekretär des niederländischen Generalverbandes, Fimmen, redigiert und im Oktober in deutscher, französischer, englischer, spanischer und schwedischer Sprache erscheinen wird.

Amnestieerlaß in Frankreich.

R. Basel, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einem Pariser Havasbericht wurde in den Wandelgängen der Kammer angekündigt, daß die Regierung dem Bureau der Kammer am Dienstag einen Amnestieerlaß zugehen lassen wird.

Wilsons Kampf für seinen Frieden.

—l. Frankfurt a. M., 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Frankfurter Zeitung" berichtet aus New York: Wilson hat sich persönlich zur Aufsprache über den Friedensvertrag in den Senat begeben und dort erklärt, daß einschränkende Bedingungen unstatthaft seien, weil sonst noch andere Staaten solche Vorbehalte machen könnten, so daß gegebenenfalls das ganze Friedenswerk in Gefahr gerjete.

Der Konsulatsfuß für Deutschland ist bereits zusammengestellt, aber Wilson sucht den Senatoren klarzumachen, daß formelle Erneuerungen vor Ratifizierung des Vertrages unzulässig wären. Die Geschäftsweil ist wegen dieser Verzögerung verstimmt.

Die Möglichkeit eines englischen Arbeiterkabinetts.

Haag, 20. Juli. „Daily Mail" sagt, wenn Lloyd George wirklich mit der neuen Partei im Unterhause gehe, so sei ein Arbeiterkabinett in den Bereich näherer Möglichkeit gerückt.

Die Sorge für Antwerpen.

R. Basel, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In der letzten Sitzung des obersten alliierten Wirtschaftsrats wurde dem interalliierten Komitee für Seetransporte die Weisung erteilt, den Hafen von Antwerpen in einem Maße zu benutzen, wie er vor dem Kriege benutzt wurde und ihn ebenfalls als Umschlagplatz der Schiffe, die Getreide von La Plata nach Deutschland transportieren, zu gebrauchen.

Das Kompromiß über die Staatsneubildung.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

K. Weimar, 21. Juli.

Das zwischen den Regierungsparteien geschlossene Kompromiß über die Neubildung von Staaten innerhalb des Reiches ist jetzt als Antrag Löbe-Trimborn-Heil der Nationalversammlung zugegangen. Nach dem Antrag soll § 18 folgendermaßen gefaßt werden:

Die Aenderung des Gebiets von Ländern und die Neubildung von Ländern innerhalb des Reiches durch die Vereinigung oder Abtrennung setzt die Zustimmung der dann unmittelbar betteiligten Länder voraus und bedarf der Bestätigung durch Reichsgesetz. Stimmen die beteiligten Länder nicht zu, so kann eine solche Neubildung durch Reichsgesetz erfolgen, wenn sie durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird und ein überwiegendes Allgemeininteresse sie erheischt.

Der Wille der Bevölkerung ist durch Abstimmung festzustellen. Die Reichsregierung ordnet die Abstimmung an, wenn ein Drittel der zum Reichstage wahlberechtigten Einwohner des abzutretenden Gebiets sie verlangt.

Zum Beschluß einer Gebietsänderung sind mindestens drei Fünftel der Stimmen aller Wahlberechtigten erforderlich; auch wenn es sich nur um Abtrennung einer preußischen Provinz, eines bayerischen Kreises oder in anderen Ländern eines entsprechenden Verwaltungsbezirks handelt, ist der Wille der Bevölkerung des ganzen in Betracht kommenden Bezirks festzustellen. Wenn ein räumlicher Zusammenhang des abzutrennenden Gebiets mit dem Gesamtbezirk nicht besteht, so kann auf Grund eines besonderen Reichsgesetzes der Wille der Bevölkerung des abzutrennenden Gebiets als ausreichend erklärt werden.

Nach Feststellung der Zustimmung der Bevölkerung hat die Reichsregierung dem Reichstag einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Beschlußfassung vorzulegen.

Entsteht bei der Vereinigung oder Abtrennung Streit über die Vermögensauseinandersetzung, so entscheidet hierüber auf Antrag einer Partei der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich.

Autonomie für Oberschlesien.

Zur oberschlesischen Frage wird von zuständiger Stelle mitgeteilt:

Die preußische Staatsregierung hat die Absicht, einen Gesetzentwurf in dem Sinne auszuarbeiten, den preußischen Provinzen weitgehende Autonomie zu gewähren. Falls Oberschlesien für Deutschland votieren soll, soll ihm weitgehendstes Entgegenkommen nach der Richtung gegeben werden, daß beabsichtigt ist, eine Provinz Oberschlesien zu errichten. Damit wäre den Selbständigkeitsbestrebungen weitreichend Genüge geleistet. Es ist wohl anzunehmen, daß auch diejenigen, die beabsichtigen, Oberschlesien als selbständigen Freistaat vom preußischen Staat abzutrennen, sich mit diesem Projekt einverstanden erklären werden.

Zwangsweise Zurückhaltung deutscher Gefangener.

Versailles, 21. Juli. Die französische Regierung ist durch eine Note darauf hingewiesen worden, daß nach aus Budapest hier eingetroffenen Mitteilungen etwa 4 bis 5000 aus Rußland über Kasan (Rumänien) zurückkehrende deutsche Kriegsgefangene von den Tschecho-Slowakischen Militärbehörden seit einigen Wochen in Kassa festgehalten und zwangsweise zu Schanz- und anderen militärischen Arbeiten an der tschecho-slowakischen Front verwendet werden. Die Behandlung dieser in Arbeitskompagnien eingestellten Deutschen soll sehr schlecht, die Verpflegung gänzlich unzureichend sein. Die deutsche Regierung hat um baldigste Aufklärung dieses Falls gebeten.

Keine Verhandlungen über Gestellung von 500 000 Arbeitern.

Die Zeitung „Petit Parisien" bringt eine aus Versailles den 19. datierte Meldung des Inhalts, daß eine deutsche Kommission unter Barons Lersner mit einer französischen Kommission die Bedingungen vereinbart habe, unter denen die deutsche Regierung binnen kurzem 500 000 Arbeiter in die zerstörten Gebiete entsenden werde.

Wir sind von zuständiger Stelle zu der Feststellung ermächtigt, daß an dieser Nachricht kein Wort wahr ist. Es wird auf die Meldung des W. T. B. vom 18. d. Mts. hervorgehoben, die den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit ausführlich darstellt.

Holländische Berglandschaft.

Von

Friedrich Markus Huebner, Arnhem.

In den Orten an der holländischen Küste lebt der Mensch nur ein wenigen über der Nordsee; viele Plätze liegen selbst unter dem Meeresspiegel: hierdurch erhält das Wesen der Menschen seine Besonderheit. Man merkt erst allmählich und wenn man angestrengt versucht, sich in Holland einzubürgern, wie eindrücklich die Natur an Geist und Gemüt seiner Bewohner hier beteiligt ist und wie schwer, ja fast unmöglich es dem Fremdling gemacht wird, deren Gemütsartung, Gesichtern, Körperbewegungen sich anzupassen. Nicht so liegt es, als ob zwischen den Holländern und den Deutschen ein eigentlicher Gegensatz, eine ursprüngliche und nicht zu überbrückende Fremdheit bestünde; die Möglichkeiten sich zu berühren und zu finden sind unzählige, die Stammesähnlichkeit springt verblüffend ins Auge. Wer frisch ins Land kommt, nimmt aber diese Aehnlichkeit für völlig fraglos und entschieden, und dieses Gefühl langt denn auch hin für die oberflächlichen Beziehungen, zum Beispiel der Sprelen beim Hotelkellner, zum Besuch bei Geschäftskunden. Wer aber als Deutscher im Lande festlich Wurzel zu schlagen sucht, hat es schwer, schwerer vielleicht als unter Menschen einer vollkommen fremden Sprache und Rasse. Das Geographische, so entdeckt man, wirkt einschneidender trennend oder verbindend als das Kulturelle. Der Breitengrad und die gleiche Meterzahl der Höhenlage schaffen, offenkundig über die ganze Erde hin, Temperamente von grundsätzlich verwandter Empfänglichkeit.

Unter dem Meeresspiegel zu leben ist für eine Scheveninger Badelaison unterhaltsam, krempelt den Stoffwechsel um, setzt das Blut unter ungewohnten atmosphärischen Druck. Auf länger wird es langweilig, macht müde, lähmt den Schaffensantrieb. Der Geist schläft ein im Anblick des vielen nur allzu beruhigenden saftigen Kraut-, Gras- und Laubgrüns der Marschflächen. Er sucht am Gesichtsrande vergebens Aufbäumungen der Erde und emporstemmende Gegenbilde gegen das Getürm der unablässig vom Westen her über den Himmel rollenden Windmolken. Das Alige, schwere, die Nerven in magnetischen Bann schlagende Meerwasser läßt einen sich nach Bädern in raschem Flußgeström sehnen, wo die Welle süß schmeckt und weich ist von verwebenden Würzelchen, Blättern, brauner Fruchtderbe. Darum entrinnt man eines Tages der Abstumpfung und fährt ein paar Stunden mit der Eisenbahn landeinwärts, glücklich, daß der helle grüne Ton der wasserlinsenbedeckten Grachten, der Obstgärten, der Salatbeete übergeht in das schwarze Grün des Velumegebietes mit seinem Heidekraut, Nadelholz, schattenwerfenden Bodenwellen. In Arnhem verläßt man den Zug, marschiert rasch bergan, auf den nahezu 100 Meter hohen, bewaldeten Rücken des Waterberg und genießt es fast jauchzend, nach so vielem Laufen auf plattem Erdboden wieder einmal steigen zu dürfen. Waldluft, ausgeatmet aus formelweis beschienenen harzigen Kiefernstämmen, aus Moosen und Pilzen umfächelt einen. Der Dom des Eichweigs summt von Bienen, Mücken, Käfern. Am Boden rennen schwarze Ameisen — sein gegrüßt, kleine Freunde aus heimatlichen Wäldern! Wo bliebt ihr? Bis zum Vergessen fremd ward euer Gehaben, euer gekerbtes Körnerchen. Wieviel Erinnerungen an einstige Schulausflüge, ausgestreckte Bereichimen heißer Sommer-Nachmittage, aufwandter Jagd nach Eidechsen ruft ihr wach! Die immer feuchte Schwemmerde in Niederland kennt euch, duldet euch nicht.

Die Aussicht vom Waterberg geht über Wald, ferne Bauerngehöfte, Taffenkungen zu einer auf- und niedersteigenden Randlinie am Himmel. Es sind keine Gebirge nein, nur Hügel, aber wie dankbar nehmen es die Sinne auf, daß dem Auge eine Beschäftigung, dem inneren Gefühl eine Führung, ein formerfüllter Raum zur Anlehnung zuteil wird. Der Geist beginnt sich zu rütteln, die Einbildungskraft hat zu tun, hat wieder Nahrung, schenkt Einfälle, schenkt ein Leichtwerden der Energien. Einhundert Meter geringeren Atmosphärendruck bedeutet wohl wenig, aber der Lunge dünkt es, sie lauge und entfrische leichter, dem Herzen, es brauche für sein Gehämmer nicht die frühere Kraft aufzuwenden. Heimatlich mutet Luft, Licht und Anblick an auf dem Waterberg. Deutschlands, des schönen, wald- und bergreichen gedenken alle Gefühle, wissen ihm voll Sehnsucht sich zugehörig.

* * *

Auf dem Waterberg haben verdienstliche Männer ein Freiluftmuseum angelegt, an mit einem Grunde von 30 Hektar kulturell merkwürdige alte Gebäude Hollands, die dem Untergange geweiht sind, Fischerhütten, Bauerngehöfte, Windmühlen für die Nachwelt zum Gedächtnis aus den ursprünglichen Baustoffen neu errichtet werden. Es ist ein den deutschen „Heidemuseen", z. B. Wilsede, und den Handwerkstuben Naturschutzparken nachgebildetes Unternehmen der Liebe zu den heimatlichen Dorfbauerkmälern. Die Gründung wurde 1912 vollzogen, dank vor allem der unermüdlichen Tätigkeit des auch in Deutschland gut bekannten Schriftstellers D. A. van der Ven. Die etwas auseinanderlaufende Tätigkeit der holländischen Naturfreundvereine, an deren Spitze der „Bond Heemschut" und die „Vereeniging tot Behoud von Natuurmonumenten" steht, hat hierdurch einen orientierenden Mittelpunkt und zugleich neuen kräftigen Ansporn bekommen. Für die Erhaltung altvaterlicher Gebräuche, Kleidertrachten, Baugepflogenheiten, wird seitdem in Holland viel getan. Für den Herbst, zur Zeit der Arnhemschen Kirmes (Anfang September), ist auf dem Waterberg ein dreitägiges, großes Trachtenfest geplant, wo auch die in der Anlage begriffene Naturschilderung eingeweiht werden soll. Es wäre zu wünschen, wenn aus den der Grenze nahelegenden Gemeinden Niederdeutschlands zu diesem Feste sich deutsche Abordnungen in Trachten einstellen würden. Vor dem Kriege waren Holländer des öfteren auf Heimatfesten in rheinländischen und westfälischen Gemeinden zu Gaste.

* * *

Deutschland fühlt man hier, wo nach der Kilometerzahl die staatliche Grenze nicht mehr fern ist, wirklich bis ins holländische Land hereinreichen.

Die Bahn, auf der die Einflüsse anschaulich zuströmen, bildet der Rheinstrom. Am Kai von Arnhem liegen die tiefgehenden Frachtschiffe aus Mülheim a. d. Ruhr, die Schleppdampfer aus Köln. Düsseldorfer Transktirmen unterhalten hier ihre Geschäftsstellen. Der Rhein hat am Orte etwa die Breite wie bei Straßburg, denn er gabelt sich oberhalb Arnhems in die zwei großen Hauptarme des Niederrheins und des Waals, der an Nimmegen vorbei nach Dordrecht und Rotterdam fließt. Die Strömungen ist stark, das Wasser ist tief und schlußfärbig. Arnhem erhebt sich hügelig auf dem linken Ufer. Dem Strom merkt man einen Willen und eine Aufgabe an; er hat sich selbst dieses Bett, im Trotz gegen Widerstände, gegraben, hat vor unbenklichen Zeiten aus den Kuraberzen diluviales Gestein und Tierknochen herniedergeschwemmt und trägt jetzt Güterschiffe zu Tale, ohne daß sie Treibschrauben oder Treibseil brauchten. Ihm umschwimmert noch seine politische Geschichte, sein Lebensernst, die durch ihn genährte Herrlichkeit der Kulturen und der Städte an seinen Rändern. Das hört bald unterhalb Arnhems auf. Der Rhein aabelt sich erneut, wird zum „Kromme Rhyn", zum „Leek", zum „Oude Rhyn", büßt sein Gefälle ein, läuft in tote Arme, wird schmarz von der Modererde, trebbelt und versickert bei den Grachten von Utrecht und von Leiden; durch Schleusenanlagen wird ihm Haltung verliehen und etwas Kraft abgerissen, aber trotz Schiffe vermag er nicht mehr zu tragen; überaltert, zerfetzt, ohne Würde endet er endlich seinen Lauf bei Katwijk; man muß noch steuen und pumpen, um den Schwachgewordenen aus dem Lande hinaus in die Ebbe und Flut des Meeres zu drängen.....

* * *

Auch die Menschen in der Hünsprovinz sind anders als die von der Küste. Die Anziehungskraft der großen deutschen Landverlängerungen gen Osten wirkt ausschließlicher. Man kann weniger ergriffen von der gespaltenen, durch Meer und Weltbandel bedingten Interessertheit des Küstenhollandes Amsterdams, des Haags, Rotterdams. Das Leben und die Landschaft bringen innigere Anregungen. Es ist die Provinz, der ländliche Mutterschoß, die Klausenerei Hollands, wo man unendlich viel Zeit hat auf den Terrassen der Restaurants, den Nachmittag zu verschwatzen, sauber angezogene Kinder im Parke zum Ballspielen spazieren zu führen, beim Gartenkonzert Vanilleeis zu löffeln und ausblähnig zu sachen. An der Küste mischt sich das Internationale ein; in Arnhem hat der Villenbau, das Buchhandelsschaufenster, der Polizeimann und der herrschaftliche Droschkenkutscher seine ganz holländische „deftige" Note, die gleichwohl auf den Deutschen wie selten in Holland entäußerbar und heimatlich bekannt wirkt.

Die Hungerblockade und die deutschen Kinder. Um erschütternden Bilo von den furchtbaren Folgen der englischen Hungerblockade geben die statistischen Mitteilungen, die der Leiter der Berliner Jugendamtes, Dr. Siegmund-Schultze, veröffentlicht hat und über die in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" berichtet wird. Bereits im Herbst 1915 machen sich in den Großstädten die ersten Folgen der Blockade geltend, die sich in schädlichen Einwirkungen steigern sich dann unaufhaltsam. Die deutsche Kindersterblichkeit war im Jahre 1917, verglichen mit dem Jahre 1913, gesteigert um 2,4% bei den Säuglingen, um 49,3% bei den Kleinkindern von 2—6 Jahren, um 56% bei den Schulkindern von 6—15 Jahren. In absoluten Zahlen ergibt das die furchtbare Tatsache, daß 50000 deutsche Klein- und Schulkinder 1917 mehr gestorben sind als 1913. Dabei war das Jahr 1917 infolge auf die sog. „Kinderkrankheiten" sehr günstig. Die schrecklichsten Opfer forderten die Krankheiten, die letzten Jahre auf Unterernährung zurückführen sind. So starben an tuberkulöser Lungen- und Drüsen von 4—5 Jahren 1915 20, 1916 35, 1917 47, im Alter von 6—10 Jahren 1915 38, 1916 und 1917 je 65, im Alter von 11—15 Jahren 1915 53, dagegen 1917 133. Die Zahl der an Lungenschwindsucht Gestorbenen stieg sich von 296 im Jahre 1915 auf 494 1917. Ebenso stark ist die Vermehrung der tödlichen Magendarmerkrankungen zumeist bei Säuglingsalteren. Es war also eine Verwirklichung, eine Verwirklichung der Totenliste in Berlin ersichtlich, und abnliche Zahlen werden aus einer Reihe anderer Städte berichtet. Die Sterblichkeit ist aber nicht das größte Uebel, das durch die Hungerblockade hervorgerufen wurde. Nach und erschreckend in der Zahl der Erkrankungen, die bei der Tuberkulose um das Vierfache gegen aber der Friedenszeit stieg. In Breslau heilstätte sich die Zahl der Patienten des Vereins zur Fürsorge für unbemittelte Lungenkranke 1913 auf 8592, 1917 auf 20693. Es bedarf keiner Kommentare, welche Ansteckungsmöglichkeiten da für die Zukunft gegeben sind. Der Verfasser weist auch an der Hand einbündlicher Fälle den engen Zusammenhang von Unterernährung und geistiger wie sittlicher Verwahrlosung nach. Während des Krieges sanken vor wenige Eingeborene den ganzen Umfang dieser unerhörten Leiden. Der Verfasser hat aber tatsächlich gelegt, daß die hier angeführten Zahlen und Belege Willen und Lloyd George entsandt wurden. Die tapferen Männer der Entente hatten also eine ganz eingehende Kenntnis von dem ungeheuren Kindermord, der durch die englische Hungerblockade verursacht ein wurde.

Universität Jena, 17. Juli. Die außerordentliche Professur des Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik an der Universität Jena ist in eine ordentliche Lehrstelle umgewandelt und der Inhaber der Stelle, außerordentlicher Professor Dr. Gerhard Kessler, als ordentlicher Professor berufen worden. — Vom 1. Oktober an wird an der Universität Jena eine außerordentliche Dozentur für Haut- und Geschlechtskrankheiten errichtet und diese dem Professor Dr. Bruno Spiethoff, bisherigem Arzt der Hautklinik, übertragen worden. — Dem Universitätsmusikdirektor Rudolf Volkmann ist die Titulatur erteilt worden, an der Universität Jena Vorlesungen zu Harmonielehre, Kontrapunkt, Kompositionslehre und Musikgeschichte zu halten.

Der Demonstrationsstreik.

Das Straßenbild Groß Berlins zeigte gestern wie er einmal umgefähr das gleiche Bild wie in den Tagen des Januar-Februarstreiks. Freilich war die Zahl der Streikpostenkommandos nicht ganz so groß, denn die Eisenbahner hatten jede Beteiligung am Streik abgelehnt, die Omnibusleute gleichfalls und die Besitzer der „wilden Zimmerwerke" waren in der richtigen Annahme daß das Publikum es vorziehen würde, für eine einzigen Tag den Weg per pedes apostolorum zurückzulegen — schon vielfach ganz aus der Uebung zu kommen — zum größten Teil zu Hause geblieben.

Der Verkehrsstreik war also auf die Straßen- und Hochbahnangestellten beschränkt, die nun den zweifelhaften Ruhm genießen, das absolutes Monopolstreikpersonal in ihren Betrieben eingetreten zu sein, der ihnen von der Berliner Einwohnerschaft nicht so bald vergessen werden wird. Viele der Streikenden waren dem Ausland fremgeblieben, waren aber nicht Mann genug sich dem Banne der kommunistischen Führer zu entziehen. Das Fahrpersonal der Hochbahnen calte sich in der Nacht zu Sonntag mit 350 gegen 200 Stimmen gegen den Streik erklärt, die Werkstättenarbeiter aber sprachen sich mit Mehrheit für die Arbeitsruhe aus. Ein erheblicher Teil des Hochbahnpersonals stellten wohl der Abstimmung fern. Bei der Omnibusangestellten hatten sich geschlossen für Durchführung des Betriebes erklärt und hunderten demonstrierten. In den Gaswerken ruhte die Arbeit vollständig; ebenso hatten sich die Arbeiter der 38 Wasserinspektionen dem Streik angeschlossen. Die Oefen blieben jedoch unter Feuer. Die Arbeiter der Wasserwerke hatten sich dem Ausstand nicht angeschlossen. Nur das Wasserwerk in der Müllerstraße mußte den Betrieb einstellen, weil es durch elektrischen Strom betrieben wird, der durch diesen Streik der Groß Berliner Industrie zugeführt wird, begreiflicherweise nicht in breiten Millionen Mark.

Versammlungen und Demonstrationszüge.

Im Humboldthain, im Friedrichshain und an der Spielwiese in Lichtenberg hatten am gestrigen Vormittag trotz des Verbots die Versammlungen der Unabhängigen und kommunistischen Hitzigsinnen. Bereits um 10 Uhr vormittags hatten sich in diesen Parkanlagen viele Tausende von Ausständigen eingefunden. Es waren überall imposante Rednertribünen errichtet worden und gegen 11 Uhr wurden die verbotenen Versammlungen durch Antragsteller eröffnet. Man begnügte sich damit, die zu dem Zentrum der Stadt führenden Straßen der Polizeiabsperren. Es konnte so verhindert werden, daß die an den Versammlungen anschließenden Demonstrationszüge in die Stadt hineinergingen. Der Zug, der sich vom Humboldthain aus entwickelte, und der versuchte, durch die Müllerstraßestraße über das Schloß hinweg nach der Reichskanzlei in der Wilhelmstraße zu gelangen, wurde am Schloß durch blinde Salven gesprengt. Viel Gewalt hatte sich den Demonstrierenden angeschlossen und belästigte in der Brunnenstraße Passanten und Insassen von Fuhrwerken, die sie zwangen auszusteigen und gleichfalls zu Fuß zu gehen.

Im Friedrichshain hatten sich auf der Spielwiese etwa 7- bis 8000 Personen eingefunden, zu denen verschiedene Redner sprachen. Als es hieß: „Nun wollen wir vor die Reichskanzlei" und der Zug sich formierte, um von der Landsberger Allee aus in die Landsberger Straße zu gelangen, trat ihm dort ein zug Regierungstruppen, der auch Maschinengewehre bei sich führte, entgegen. Auch hier gab die Führer der Truppen dreimal laut die Weisung, sich auszuinander zu gehen. Die Menge aber kam dem dieser Aufforderung nicht nach, so daß eigtlich sich in den unblutigen Schimpfereien gegen die „Noskegarde". Als jedoch die Truppen eine blinde Salve abgaben, zerstreute sich die Menge nach allen Richtungen, um dann in kleinen Trupps das Stadtinnere zu gewinnen. Verletzungen und Schußwunden konnten nicht festgestellt werden.

Im Treptower Park mochten sich etwa 15 000 Personen auf der großen Sportwiese eingefunden haben. Hier ging es ziemlich parlamentarisch zu und in größter Ruhe hörten die Versammelten die Redner, die bekannter unabhängiger Führer an, unter denen sich auch Adolf Hoffmann befand.

Blutiger Zusammenstoß am Schloßplatz.

Zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Militär und Demonstranten, bei dem das Militär eine Salve abgab und mehrere Personen verletzt wurden, ist es am gestrigen Montag mittag gegen 1½ Uhr im Lustgarten gekommen. Die militärische Absperrung war so zeitig vorgenommen worden, daß eine Umwandung des Demonstrationszuges sehr wohl möglich gewesen wäre. Es ist unverständlich, aus welchem Grunde die Arrangeure des Streiks die Massen vor die Gewehrmündung der Truppen getrieben haben.

Gegen 1½ Uhr nachmittags versuchte ein etwa 10 000 Personen starker Demonstrationszug, aus dem Osten kommend, unter Vorantragung roter Fahnen und Plakaten, welche kommunistische Inschriften trugen, die Kaiser Wilhelmstraße hinauf über die Kaiser Wilhelmbrücke zu marschieren. In Lustgarten hatten sich mehrere tausend Personen angesammelt, die das Noskesche Verbot anscheinend nicht ernst genommen hatten und jedenfalls glaubten und von anderer Seite bestärkt worden waren, daß hier eine Versammlung stattfinden werde. Die Massen, zumeist halbwüchsige Burschen und Mädchen, nahmen nun eine drohende Haltung gegen die Soldaten an. Es wurden Rufe laut: „Dummes Jungens, Schwarzkittel, Noskes Blutbullen!" Immer schoben sich die Menschenmassen an die Polizeikette heran und johlten und fuchtelten. Plötzlich feuerte ein 16jähriger Bursche einen Schuß aus einem Revolver auf die Regierungstruppen ab, der aber glücklicherweise niemandes Ziel verfehlte. Nun feuerte der Kommandierende der Marinemannschaften mit lauter Stimme die Menge dreimal auf auseinander zu gehen, indem er sie auf das Ungesetzmäßige ihrer Handlungen aufmerksam machte. Lautes Geschrei und neue Drohungen waren die Antwort. Nun gab der Offizier den Befehl zum Feuern, angeblich soll er die Mannschaft aufgefordert haben, „Schreckschüsse abzugeben. Es geht so weit, daß die erwähnten Schüsse nicht mehr Befehl ihres Vorgesetzten nicht Folge geleistet haben. Als die Menge nach allen Seiten panikartig geflüchtet war, lag ein Kaufmann Zubrowski verwundet am Boden. Das Leben seines Gatten konnte durch rechtzeitiges Tragen. Weitere Blutlachen auf dem Asphalt bewiesen, daß es noch mehr Verwundete infolge der Salven gegeben haben muß. Auf einer Rettungstrickle in der Landsberger Straße wurde ein Schlitzmaier verbunden, der einen Stechschuß in den Rücken erhalten hatte.

Blutiger Tumult im Gewerkschaftshause.

Im Gewerkschaftshause sollte gestern der Mehrheitssozialist Redakteur Kuttner das Referat halten. Die Versammlung war vorwiegend von Unabhängigen und Kommunisten besucht, die gleich bei Beginn der Versammlung diese zu sprengen versuchten. Zu wiederholten Malen versuchte der Redner zu Worte zu kommen, wurde aber immer wieder niedergebrüllt. Plötzlich schwang sich ein Kommunist auf das Podium, verschaffte sich Gehör und begann eine Rede zu halten. Als er gab wenigen Sätzen gemacht hatte, daß die Mehrheitssozialisten in der Minderheit seien, wurde er durch stürmische Zurufe unterbrochen. Man riß ihn vom Podium herunter. Er versuchte mit Hilfe einiger seiner Gesinnungsgenossen sich mit Gewalt das Podium zu stürmen, und im nächsten Augenblick begann eine fürchterliche Prügelei, Stühle und Tische wurden hin- und hergeschleudert und zertrümmert, ein Trommelfeuer von Bierflaschen ergoß sich aus der Versammlung über das Podium, auf und von welchem sich die unglaublichsten Raufszenen abspielten. Plötzlich fiel eine Anzahl Schüsse, die bewirkten, daß der große Saal panikartig geräumt wurde. Auf der Wahlstatt saß es übel aus, Zerbrochene Tische und Stühle lagen zertrümmert umher und Hunderte von zerschlitzten Bierfeideln bedeckten den Fußboden. Anwesende Arbeitersamariter leisteten den Verwundeten, deren es etwa zehn gegeben haben muß, die erste Hilfe. Einer der Verletzten wurden nach dem nahe belegenen Berbaniertrankenhause geschafft. Ueberall waren noch kleine Gruppen um den Fußboden des Saales und auf den Treppen Blutlachen und Blutspuren zu sehen. Faßliche Anwesende beschuldigten einen Mann in Soldatenuniform, der auf dem Podium gestanden hatte, als der Revolverschüsse. Die Masse versuchte ihn zu lynchen, doch gelang es den Samariern, den aus mehreren Wunden blutenden Mann vor schwerem Angriff zu schützen. Er wurde nach der Polizeiwache in der Melchiorstraße geführt. Auf dem Hofe und vor dem Gewerkschaftshause stehen sich die Spitzen müßter gegenseitige Beschimpfungen fort.

Im Restaurant Charlottenburg wurde Armin Barth, im Schwanen Reservedirektor Heller niedergebrüllt. Im Zum Lachen Hofbräuhaus Brauerei in der Turmstraße rückten Regierungstruppen in den Saal, um den Referenten (Brüstner) zu schützen.

In den Andreas-Festsälen kam es gar nicht zu einer Versammlung. Vor Beginn wurden die Leiter und Referenten von Kommunisten und Unabhängigen tätlich angegriffen, bespien und beschimpft. Infolgedessen zogen die Mehrheitssozialisten es vor, nach Hause zu gehen. In den Prachtsälen des Westens verletzte Ingenieur Lüdemann. Als er die Arbeiter fast ungeschickt der entsetzlichen Lage des gefnechteten Vaterlandes energisch an die Arbeit zu gehen, erhob sich ein so furchtbarer minutenlanger Lärm, daß Lüdemann und seine Anhänger den Saal verließen. Auf der Straße kam es überall zu Zusammstößen der beiden feindlichen Parteien.

In Ritters Festsälen in der Hasenheide wurde Richard Fischer niedergebrüllt. Er und die Versammlungsleitung verließen den Saal, von wüsten Beschimpfungen begleitet. Auch ein Teil der Mehrheitssozialisten entfernten sich, worauf Unabhängige und Kommunisten weiter tagten.

Das alles verstellt man bei Unabhängigen und Kommunisten unter **Versammlungs- und Rede„Freiheit."** — —

Neuer Bankstreik in Sicht?

Unter diesem Titel bringt ein Sonntagsblatt die Zuschrift eines Bankleamten, die in jeder Beziehung irrige Ansichten im Publikum verbreiten muß. Es ist nur zu verwundern, daß derartige unkontrollierte Nachrichten immer noch in großen Zeitungen Raum finden. Zu der Angelegenheit selbst werden wir dieser Zage ausführlich Stellung nehmen, heute wollen wir nur richtig stellen — und wir hoffen, daß auch das betreffende Blatt diese notwendige Klarlegung bringt —, daß die Tarife des Schiedsspruches, der ja abgelehnt worden ist, einem gelernten Beamten von 20 Jahren ein Mindesteinkommen von jährlich 3800 Mark sichern, ja sogar für verheiratete Beamte eine jährliche Zulage von 600 ℳ und weitere 200 ℳ pro Kind hinzukommen. Mit dem Alter steig das Einkommen bis auf 5600 ℳ bezw. 11 000 ℳ zuzüglich Zulagen für Fünfzigjährige. Welches war u. a. aber ein Grund für die Ablehnung dieses Vertrages? Daß die Angestellten fast durchweg schon höher bezoldet würden! Angenommen also, der erwähnte verheiratete Oberbuchhalter mit zwei Kindern, der monatlich 358.35 M. verdienen soll wäre nur 20 Jahre alt, würde er schon ein Jahresgehalt von 4600 ℳ beziehen! Ob die andern Gründe zur Ablehnung des Schiedsspruchs so schwerwiegend waren, wollen wir dahingestellt lassen; wir wollen heute nur bekämpfen, daß sogar ein bürgerliches Blatt durch derartige falsche und zugleich aufreizende Mitteilungen einen Streik provoziert, der, wie wir alle wünschen vermieden werden kann und muß!

Die Streiks im Reiche.

Aus dem Reiche liegen über den Verlauf des gestrigen Tages folgende Mitteilungen vor:

In den größeren industriellen Betrieben Hannovers ruht seit 11 Uhr vormittags die Arbeit. Unter reichem Zimmel hielten die Kommunisten und Unabhängigen Versammlungen ab, nach deren Schluß die Teilnehmer, mehrere tausend Mann, nach dem Rathause zogen, wo weitere Ansprachen gehalten wurden. Der Betrieb in den Zweigen der Erfurter Industrie ruht vollkommen. Die Arbeiter der städtischen Elektrizitäts- und Wasserwerke sind ebenfalls in den Ausstand getreten. Zeitungen erschienen nicht. Die Straßen- und Eisenbahn verkehrt. Am Vormittag fand eine Versammlung auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz und ein Umzug statt. Die Demonstrationen in Kiel sind ohne nennenswerte Störungen verlaufen. In allen größeren Werken ruht die Arbeit. Auch die Verkehrsmittel in der Stadt und im Hafen sind außer Betrieb. Vormittags durchzog ein nach Tausenden zählender Zug die Straßen.

In Bremen wurde ein eintägiger Demonstrationsstreik beschlossen. Es streiken von den Großbetrieben insgesamt 10 bis 12 000 Mann. Straßenbahn, Staatsbetriebe, mittlere und kleine Betriebe arbeiten. Das Straßenbild ist unverändert. In Wegesdorf streiken beim Bremer Vulkan etwa 4000 Mann.

In Wilhelmshaven ist es nicht gelungen, die Arbeiter des einzigen großen Werkes vom Streik abzuhalten.

In Werdau in Sachsen wurde Arbeitsruhe proklamiert, doch sind die Streikparole wenig Anklang. Eine für gestern vormittag 10 Uhr anberaumte Versammlung war um diese Zeit nur von 70 Personen besucht. Von Arbeitsruhe war nichts zu merken.

Nach einer Breslauer Meldung ist in Schlesien ein Landarbeiterstreik vorläufig nicht zu befürchten. In Liegnitz fanden gestern zahlreiche Protestversammlungen statt. Nachrichten über einen Streik sind nicht eingegangen.

Nach einer Meldung aus Münster ist in Osnabrück und Bielefeld vorläufig kein neuer Streik zu befürchten. Es soll die Arbeit vollkommen wieder aufgenommen worden sein.

Keine Arbeitseinstellung in München.

M. München, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Generalstreik ist, wie ja bereits nach den vorherigen Beschlüssen selbstverständlich war und gemeldet wurde, in München und auch in ganz Bayern nicht zum Ausbruch gekommen. Nur von Nürnberg werden Teilstreiks gemeldet, die von den Unabhängigen angeordnet wurden. So konnte beispielsweise der „Fränkische Kurier" in Nürnberg nicht erscheinen. Der bayerische Verkehrsstrat hatte sich in richtiger Vorbeugung an die gesamte bayerische Beamten- und Arbeiterschaft der Verkehrseinrichtungen gewandt, daß sie sich einem eventuellen Generalstreik nicht anschließen sollten. Dieser Rat wurde auch allgemein befolgt. Im übrigen ist bemerkenswert, daß der Bürgerrat Münchens und die ihm angegliederten Organisationen beschlossen haben, im Falle eines Generalstreiks sofort in den bürgerlichen Abwehrstreik zu treten.

Blutige Zusammenstöße in Insterburg.

Insterburg, 20. Juli. Am Freitag und Sonnabend kam es in Insterburg zu blutigen Unruhen. Der Arbeiterrat, der Vorstand der Unabhängigen und die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung haben infolgedessen an den Reichsmeharminister, den Minister des Innern und das Generalkommando Königsberg folgende Drahtung gerichtet:

Am Freitag, den 18., kam es nach dem Einrücken der 3. Jägerdivision zu Pferde auf dem Neuen Markt zu blutigen Zusammenstößen. Am Sonnabend versuchte dann ein größerer Haufen, etwa 200 Mann, mit Seitengewehren, Revolvern und Handgranaten bewaffnet, die Feste zweier Gewerkschaften zu sprengen. Beim Angriff auf die Vereinsgemäuerlokale gab es Tote und mehrere Verwundete. Da es uns seit Revolutionsbeginn gelungen ist, alle Gewaltakte auch ohne militärisches Eingreifen zu verhindern, im Gegenteil das beste Einvernehmen zwischen der arbeitenden Bevölkerung und den hier garnisonierenden Truppenteilen bestand, ersuchen wir, 1) die Jäger zu Pferde sofort abzutransportieren, 2) weitere Grenzschutztruppen unter keinen Umständen herzulegen, 3) den übrigen Insterburger Truppen das Tragen von Waffen außer Dienst zu verbieten.

Nachdem Staatskommissar Winnig, der gestern in Insterburg eintraf, mit den Vertretern der Gewerkschaften und dem Magistrat verhandelt hatte, der dieser Gelegenheit vorsprachen hat, Sorge dafür tragen zu wollen, daß für Beseitigung der Mißstände baldmöglichst gesorgt werde, ist heute in Insterburg alles ruhig.

Wüste Ausschreitungen in Pyritz.

W. Stettin, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wie aus Pyritz gemeldet wird, wurde in sämtlichen Betrieben der Stadt die Arbeit niedergelegt. Ursache ist die Unzufriedenheit der seit einer Woche in Pyritz liegenden 250 Mann Halberstädter Kürassiere. Von Antang an bestand in der hiesigen sozialdemokratischen Arbeiterschaft eine starke Abneigung gegen die Truppe. Man suchte nach einem Anlaß zu ihrer Beseitigung und glaubt diesen jetzt in einer an sich belanglosen Landbesitzerstreitigkeit am Sonntagabend gefunden zu haben. Diese bildete die Ursache zu wüsten Ausschreitungen. Von einem Zivilisten soll sogar eine Handgranate geworfen worden sein. Das Militär wurde in Alarm gerufen, doch kam es nicht zu weiteren Ausschreitungen. An verschiedenen Stellen sind Maschinengewehre aufgestellt worden. Heute vormittag fand eine große sozialdemokratische Protestversammlung mit anschließendem Demonstrationszug statt. In der Versammlung wurde

Vergewaltigung Deutscher im Osten.

Aus dem im Friedensvertrage an Polen abgetretenen Teile des Kreises Guhrau in Schlesien geht uns folgende Zuschrift zu:

Aus dem Guhrauer Kreise sollen die Bauerndörfer Gabel, Triebusch, Koniken und Katschkau an Polen fallen, ferner mehrere Güter. Zwei von diesen sind Privatbesitz, die übrigen gehören dem von Lestwitzschen adligen Damenstift in Tschirnau, dessen Besitz durch die neue Grenze geteilt wird. Alle unsere Orte sind rein deutsch und fast durchweg evangelisch.

Wir gehören von jeher zu Schlesien; Polen werden wir nur darum zugeteilt, weil wir in der Nähe der Bahn Bissa i. P.—Rawitsch wohnen! Dabei berühren die Feldmarken von Gabel und Triebusch den Bahnkörper überhaupt nicht, sie liegen südwestlich von ihm. Verkehr und Sicherheit der Bahnen werden in keiner Weise davon berührt, ob diese Dörfer zu Polen gehören oder nicht. Begreiflicherweise ist, daß auf der von der Entente im Friedensvertrage vorgelegten Karte Gabel und Triebusch, als nordwestlich der Bahn liegend, eingezeichnet sind, vielleicht eine absichtliche Fälschung. Trotzdem ist fonderbarerweise Gabel (nicht Triebusch) als bei Deutschland verbleibend in die Karte eingezeichnet! Nach dieser würde also die Grenze sogar über die Bahn nach Nordosten herüberreichen! Ganz gleich, ob Nachlässigkeit oder Fälschung vorliegt — jedenfalls ist dieses Verfahren für die frivole Art von Friedensmacherei in Versailles bezeichnend. Nach dem klaren Wortlaut des Friedensvertrages kann aber leiser kein Zweifel sein, daß Triebusch und Gabel zu Polen kommen; denn beide Dörfer sind namentlich aufgeführt. Vergleicht man den Text mit einer zuverlässigen Karte, so sieht man, daß ein Streifen von 3 Kilometer südwestlich der Bahn an Polen abgetreten ist. Daß um dieses toten Bahnkörpers willen zwei treudeutsche, altschlesische Dörfer, Koniken und Katschkau polnisch werden, ist ein Hohn auf Wilsons Grundsätze. Polen hätte die Bahnverwaltung und Sicherung auch erhalten können, ohne daß ihm die Dörfer ausgeliefert worden wären.

Die Irrtümer der Karte können Anlaß zu unmittelbaren Verhandlungen mit Polen wegen unseres Teiles des Guhrauer Kreises und der anstoßenden fast reindeutschen, westpreußischen Gebiete von Lissa i. P. bis Bromberg und Nakel geben. Natürlich wie Oesterreich von Italien durch unmittelbare Verhandlungen in Südtirol etwas zu erreichen hofft, müßte Polen zu Zugeständnissen veranlaßt und darauf hingewiesen werden, daß ein erträgliches Verhältnis mit Deutschland in Anbetracht der Feindschaft seiner Italischen, russischen, ukrainischen und tschechischen Nachbarn nicht ohne Bedeutung ist. Der günstige Augenblick dazu wird gekommen sein, wenn auf den „Sieges"rausch der Polen die Ernüchterung gefolgt ist.

*

Die preußische Staatsregierung hat seit Wochen wiederholt nach Warschau die Bitte gerichtet, zur Entlastung der von den Polen internierten Geiseln zu schreiten. Die Anzahl der in Polen internierten Deutschen beträgt nach zuverlässiger Schätzung 7—8000. Von diesen sind bisher nach Ausfagen deutscher Flüchtlinge aus dem Osten, denen Glauben zu schenken ist, nur einer 1000 entlassen worden. Es sind unter diesjenigen Geiseln die über 50 Jahre alt sind. Im übrigen hat die polnische Regierung auf unsere wiederholten Ansuchen, wegen der Entlassung sämtlicher Internierten zu verhandeln keinerlei Antwort gegeben.

Das Ersuchen der deutschen Reichsregierung an den Vierertrat, mit Polen über Formalitäten und Durchführung der Abtreiung und Besetzung der Ostgebiete zu verhandeln, hat bisher das gleiche Schicksal gehabt. Eine Antwort ist nicht eingegangen. Die Polen haben lediglich wissen lassen daß sie erst Anfang voriger Woche in den Besitz unserer Note an den Vierertrat gelangt sind.

Reich und Bundesstaaten.

Novelle zum Kohlenwirtschaftsgesetz.

K. Weimar, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Nationalversammlung ist eine Novelle zum Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft vom 23. März 1919 zugegangen, die den Staatenausschuß ermächtigt, die Zahl der Mitglieder des Reichskohlenrats sowie die Verteilung der Sitze auf die Gruppen abzuändern, ohne daß die Gesamtzahl der Mitglieder auf mehr als 60 erhöht werden darf. Die Frist für die Errichtung der Reichskohlenverbände wird bis zum 30. September verlängert.

Die Dadaisten in Weimar.

K. Weimar, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Als eine Art Streikmittel trafen Abgeordnete des Dadaismus in Weimar ein, um in der gewohnten grotesken Form für den Dadaismus Propaganda zu machen. Sie zogen mit auffallenden Kleidern, mit lauten Zuckungen und tanzen durch die Straßen und suchten durch die Benehmen und durch Handaktionen die Aufmerksamkeit der Passanten zu erregen, was ihnen auch gelang. — Man faßte in der Weimarer Bevölkerung die Sache vernünftigerweise als einen harmlosen Ulk auf und ließ im übrigen die Dadaisten ungeschoren.

Die Unabhängigen mit päpstlichem Segen.

Die stundenstürchtige Verhandlung gegen den Vertedrsminister der Münchener Räterepublik, Gustav Paulukum, der zu 2½ Jahren Festung verurteilt wurde, warf, wie der „Vorwärts" berichtet, neue grelle Schlaglichter auf die grotesken Zustände, die während der Münchener Räterepublik herrschten. Paulukum selbst erklärte, daß er sich bei der Abstimmung über die Auflösung der Räterepublik der Stimme enthalten und die ganze Geschichte für ausgesprochenen Blödsinn erklärt habe. Im weiteren bekundete Paulukum die Tatsache, daß eine Deputation der Unabhängigen bei Kardinal Faulhaber, mit dem ich gut bekannt bin, für diesen Krieg erklärten."

Die Bauernvereine gegen bäuerliche Betriebsräte.

Der Vorstand der Vereinigung der deutschen Bauernvereine hat an den Reichsarbeitsminister Schlicke eine Eingabe gerichtet, die den Gesetzentwurf über Betriebsräte betrifft, der in seinem jetzigen Zeiten einer scharfen Kritik unterzogen wird. Das ganze System der Betriebsräte, speziell für die bäuerlichen Verhältnisse, wird in der Eingabe als eine Verzewaltigung des größten Teils der landarbeiter grundsätzlich abgelehnt und der Reichsminister wird gebeten, dafür zu sorgen, daß es weiter auf die bäuerlichen Betriebe keine Anwendung findet.

Der Prozeß gegen Neurings Mörder.

S. Dresden, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Unter großer Beteiligung begann unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Kraner der Prozeß gegen die Mörder des am 12. April ermordeten sächsischen Kriegsministers Neuring. Angeklagt sind 11 Personen, die von 10 Anwälten, darunter Dr. Theodor Liebknecht-Berlin, verteidigt werden. Die Dauer des Prozesses wird auf eine Woche berechnet. Es sind über 100 Zeugen geladen.

Beginn der Getreideernte in Schlesien.

L. Breslau, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Nach der „Breslauer Zeitung" wurde bereits am Sonnabend das erste Getreide neuer Ernte, und zwar Wintergerste, den Breslauer Mühlen zugeführt.

Aufrechung der Provinzial-Heu- und Strohstelle.

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg teilt mit, daß nach einem Erlaß des Reichsernährungsministers für Heu und Stroh der Ernte 1919 keine Verkehrs- oder Preisbeschränkungen erlassen werden. Auch für das Rauhfutter aller Ernte sind ab 1. Juli 1919 die bisher geltenden Höchstpreise aufgehoben und wird der Handel mit Heu, Stroh und Hackselnunmehr vollkommen frei sein. Ebenso verlieren alle Vorschriften der Landesbehörden über den Verkehr mit Heu, Stroh und Hackselaus der Zeit der Ernte 1918 ihre Geltung. Ausnahmen in Preisbestimmungen kann im Wege der allgemeinen Bestimmungen für gewisse Bezirke eingeschränkt werden. Die Provinzial-Heu- und Strohstelle wird mit Wirkung vom 1. August d. J. ab aufgehoben. Sämtliche Geschäfte sollen möglichst bis zu diesem Zeitpunkt erledigt sein. Vom 1. August ab werden die dann noch erforderlichen Abwicklungsgeschäfte durch das Oberpräsidium erledigt.

Die Fischversorgung.

Die Reichsfischversorgung G. m. b. H. wird vom 1. August ab Salzheringe in den freien Handel bringen. Die bisherige Preisbindung bleibt bestehen; die Einfuhr von Heringen wird weiter von einer Gesellschaft aller an dieser Branche interessierten Firmen, die aber keine Kriegsgesellschaft ist, betrieben werden.

Aus Groß Berlin.

Lebensmittelverteilung. Nach einer Bekanntmachung des Magistrats gelangen in Berlin auf Abschnitt Nr. 47 und 62 der Lebensmittelkarte je 500 g Marmelade zur Ausgabe.

Auf Grund der Verfügung des Preußischen Landesarbeitsamts vom 27. Mai 1919 sind sämtliche Personen, die ihren Wohnsitz in Berlin aufgeben und sich dauernd von Berlin abmelden, bis zum Schluß des Umzugsmonats von ihrem bisherigen Aufenthaltsort mit Zucker zu versorgen.

Postsendungen nach den von Belgien und Polen besetzten Gebieten. Zwischen dem unbesetzten Deutschland und der belgischen Zone der besetzten deutschen Rheingebiete ist in beiden Richtungen der Austausch von gewöhnlichen, eingeschriebenen und Wertpaketen bis zum Gewichtsgrenzen von 5 kg, ohne und mit Nachnahme bis 100 ℳ bei Sendungen nach, bis 50 ℳ bei Sendungen aus der belgischen Zone, mit folgenden Einschränkungen zugelassen worden. Verboten sind 1) schriftliche Mitteilungen jeder Art in den Paketen und auf den Paketbegleitadressen; 2) die Ein- und Ausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsmaterial jeder Art; 3) die Ausfuhr — aus der belgischen Zone — von lebenden Tieren und — vorbehaltlich besonderer Genehmigung — von Farbstoffen, chemischen Erzeugnissen, allen Erdenmitteln, gemünzten Geld, ungemünzten Gold und Silber sowie von Valutapapieren jeder Art. Die Ausfuhr von Geld, geschäftlichen, statistischen und ähnlichen Drucksachen, Wertpapieren und wie leitner nur durch die besonderen Vorschriften, unter Aufsicht der Alliierten bestehenden Banken erlogen; 4) die Einfuhr — in die belgische Zone — von Büchern und sonstigen Druckwerken unterliegt auch weiterhin den bisherigen Sonderbestimmungen.

Von jetzt ab sind nach dem von Polen besetzten Teil der Provinz Posen gewöhnliche offene Briefsendungen auf dem Wege über Bien—Warschau gegen die Auslandsgebühr zugelassen. Die Wertsendungen des unmittelbaren Eisenbahn- und Postverkehrs ist in nächster Zeit zu erwarten.

Die Marineflagge auf dem Berliner Schloß. In der Presse ist darüber Erstaunen geäußert worden, daß von Reichswehrtruppen auf dem Berliner Schloß die Kriegsflagge der Marine gehißt worden ist. Hierzu wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß der Truppe bei dem Hissen der Flagge jeder Gedanke einer Provokation fernlag. Wenn eine Marinetruppe nach altem Seemannsbrauch bei dem Beziehen ihrer Quartiere ihre Flagge hißt, eine Flagge, die heute noch zu Recht als deutsche Reichsflagge angesehen ist, hat das mit irgendwelchen politischen Anschauungen nichts zu tun.

Im Revolverkampf mit Einbrechern schwer verletzt wurde Sonntag früh 4 Uhr der Gastwirt Otto Gentzelen in Johannisthal. Er überraschte Einbrecher mit seinem Hausmädchen bei der Arbeit, als die Verletzungen von zwei untergebrachten Motorradern stehlen wollten.

Letzte Meldungen.

Für Deutschland gilt nun Kriegsrecht.

Sch. Haag, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die französische Presse ist sehr entrüstet über die Begründung, mit der die deutsche Regierung die Auferlegung einer Buße der Stadt Berlin in der Angelegenheit der Ermordung des Sergeanten Manheim verweigert. Ein Appell an das Völkerrecht von deutscher Seite sei einfach komisch. Deutschland habe seinerzeit den französischen Städten für die kleinsten Zwischenfälle die härtesten Bußen auferlegt. Die formalen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich seien noch nicht hergestellt und deshalb gelte noch das Kriegsrecht. Die französischen Soldaten in Berlin seien identisch mit Besatzungstruppen. Der Mord sei durch die Berliner Bevölkerung begangen worden. Der „Matin" schlägt als einzig richtige Antwort vor: Sofort beschließen oder für jeden Tag Verzögerung eine Million Mark. Wenn man Deutschland nicht zwinge, für dieses Verbrechen zu zahlen, wie Frankreich man dann erwarten, daß es für die Verbrechen zahlen werde, die es im Weltkriege begangen habe. Dazu schreibt der „Nieuwe Rotterdamsche Courant":

Wir haben bisher geglaubt, daß am 28. Juni der Friedensvertrag zwischen Deutschland und Frankreich unterzeichnet worden sei und haben deshalb nicht ein, weshalb heute noch das Kriegsrecht gelten soll, ganz abgesehen davon, daß die Berliner Bevölkerung für den Mord gar nicht verantwortlich gemacht werden kann.

S. Haag, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Von den Demonstrationsstreiks ist heute in Holland fast nichts zu bemerken.

Keine Reichswehrtruppen nach Frankfurt.

-l. Frankfurt a. Main, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Im Anschluß an die von dem Abgeordneten Kalle in der preußischen Landesversammlung eingebrachte Interpellation, die auf eine Entsendung von Reichswehrtruppen nach Frankfurt hinzielt, hat der sozialdemokratische Verein Groß Frankfurt sich an die Abgeordneten Dr. Quarck und Dr. Sinzheimer gewandt, mit der Anfrage, ob die Reichsregierung mit der französischen Heeresleitung über die Entsendung von Reichswehrtruppen nach Frankfurt (in die neutrale Zone) in Verhandlung stehe. Reichswehrminister Noske teilte den beiden Abgeordneten mit, daß, wie der sozialdemokratischen Fraktion, eine Entsendung von Reichswehrtruppen nach Frankfurt nicht geplant sei.

Die russischen Kriegsgefangenen als Hilfstruppe Denikins.

A. Zürich, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der „New York Herald" vermimmt, hat sich der Führerrat dieser Tage mit der Heimbeförderung der noch in Deutschland weilenden russischen Kriegsgefangenen befaßt. Er zögert indessen, die russischen Gefangenen ohne weiteres in ihre Heimat zurückzuschicken, um nicht der Roten Armee eine Verstärkung zuzuführen, und will daher die Absicht haben, die russischen Gefangenen dem General Denikin zur Verfügung zu stellen.

Amsterdam, 20. Juli. Der amerikanische Arbeiterführer Gompers erklärte in einer Unterredung mit dem Korrespondenten des „Daily Mail" in den Vereinigten Staaten berichte allgemein die Ansicht, daß die irische Frage geregelt werden müsse, besonders da dem Völkerbund zufolge alle Nationen das Selbstbestimmungsrecht besitzen sollen.

Bern, 20. Juli. Durch den Rücktritt Boreis scheint die Regierungskrisis in Frankreich beendigt zu sein. Der „Nouvelliste de Lyon" erwartet eine große politische Auseinandersetzung in der Kammer, bei der sich die Lage des Kabinetts Clemenceau klärfen werde; im übrigen ist für die Lage an sich sehr bezeichnend, daß sämtliche Interpellationen, die von der Opposition eingebracht und noch nicht erledigt worden waren, nach der Abstimmung vom Freitag zurückgezogen wurden, was in der parlamentarischen Sprache Frankreichs bedeutet, daß die Opposition das Kabinett Clemenceau als gestürzt betrachtet. Diese Ansicht kommt auch in der sozialistischen Presse zum Ausdruck.

Bern, 20. Juli. Die Ausarbeitung des bulgarischen Friedensvertrages scheint bei der Festsetzung der Grenze auf neue Schwierigkeiten zu stoßen. Wie der „Republicain de Lyon" meldet hat der Vierertrat beschlossen, die Bestimmungen des bulgarischen Vertrages, die mit den Bestimmungen für die Türkei direkt zusammenhängen, vorläufig nicht zu regeln und ebenso von einer Ausfertigung des Vertrages mit der Türkei so lange abzusehen, bis der amerikanische Senat in der Frage eines eventuellen Mandats in Kleinasien eine Entscheidung gefällt habe.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Die Pflicht der Steuerbehörden zur Prüfung der Umstellungskonten.

Dass die unteren Steuerinstanzen noch häufig den Wünschen des Kaufmannes hinsichtlich berechtigter Abschreibungen wenig entgegenkommen, zeigt eine neuere Entscheidung des Obersten Verwaltungs-Gerichts (O. V. G.) in einer, Gewerbesteuerangelegenheit (Entsch. vom 16. Januar 1919, Preuss. Verwaltungs-Blatt 1919, S. 454). Ein Kaufmann beanspruchte Steuerfreiheit für ein Konto, welches er als Rückstellung zum Uebergang seines Betriebes in die Friedenswirtschaft bezeichnet hatte. Steuerausschuss sowie Regierung begnügten sich damit, die Steuerpflicht des Kontos damit zu begründen, dass sie sich auf den Standpunkt stellten, der Betrag solle zur Deckung von Geschäftsausgaben dienen, die erst in Zukunft voraussichtlich entstehen würden. Aus diesem Grunde erachteten sie ohne nähere Prüfung das Konto als echte Reserve und steuerpflichtig. Mit Recht hat das O. V. G demgegenüber unter Aufhebung der Vorentscheidung darauf hingewiesen, dass „hätte geprüft werden müssen, um was es sich denn bei dieser Rückstellung für Ueberleitung in Friedensseitgehandelt hat". Das O. V. G. hat dann weiter ausgeführt, dass bei dieser Prüfung auch zu ermitteln wäre, ob etwa eine zulässige Abschreibung in Form eines Bewertungskontos in Frage käme: „Nach den Ausführungen des L. inder Beschwerdeschrift, hat dieser angeblich in seinem Betrieb, um Kriegsmaterial herstellen zu können, bestimmte Anlagen gemacht und Verbesserungen vorgenommen, deren Wegschaffung nach Beendigung des Krieges notwendig werde. Dieser Umstand könnte unter Umständen bereits für das Jahr 1916 wertvermindernd gewirkt haben und würde in diesem Falle schon in der Zeit für den Schluss des Geschäftsjahres 1916 eine entsprechende Abschreibung oder die Einstellung eines Bewertungskontos rechtfertigen."

Es ist vielleicht angebracht, diesen vom O. V. G. ständig vertretenen Standpunkt hervorzuheben, damit die unteren Steuerinstanzen sich danach richten und dadurch Zeit und Arbeit erspart wird. Beachtenswert ist auch, dass das O. V. G. erneut darauf hinweist, dass die Bezeichnung eines Kontos allein keinen Grund für die Frage der Steuerpflicht abgibt. Auch dies entspricht der ständigen Rechtsprechung. Immerhin muss, wenn es auch auf die Benennung des fraglichen Postens nicht ankommt, dem Steuerpflichtigen eine möglichst unzweideutige Bezeichnung angeraten werden, um in Zweifelsfällen dem Argument der Steuerbehörde zu begegnen, dass sie nämlich sagt, letzten Endes sei der Steuerpflichtige selbst der Ansicht gewesen, es handele sich um eine der Steuer unterliegende Reserve oder Rückstellung, da er den Posten selbst so bezeichnet hätte.

R.-A. Dr. Franz Hirschwald, Berlin.

Deutsche Volkswirtschaft.

Ueberschwemmung Kölns mit Auslandswaren. Unser Kölner Mitarbeiter sendet uns über den zunehmenden Handelsverkehr des besetzten Gebietes, insbesondere Kölns, mit ausländischen Waren, die eine dauernde Gefahr des Schleich- und Schmuggelhandels sowie des Zollbetruges bilden, folgendan Stimmungsbericht: Die Uebergangsstationen sind überfüllt mit Waggonladungen rationierter Lebensmittel, die mit Erlaubnis der Alliierten ausgeführt werden können, von den deutschen Behörden jedoch der Beschlagnahme unterworfen sind. Die alliierten Behörden machen keine Schwierigkeiten für die Ein- und Ausfuhr. Die Holländer haben eine grosse Anzahl Käse abgesandt. Die Sendungen werden jedoch bald aufhören, da Holland die Ausfuhr von Käse verboten hat. Ferner ist noch eine ungeheure Menge Zigaretten ins unbesetzte Gebiet versandt worden. Wie verlautet, unterliegen diese, wenn sie unbanderoliert eingeführt werden, in Deutschland der Beschlagnahme. — Eine grosse Menge englisches Heeresgut aus guten Materialien, jedoch vom militärischen Standpunkt aus unverwendbar, wird in Köln in grossen Posten verkauft: Geschirre, Werkzeuge, Wagen und Karren sowie Schaufeln und verschiedene Zubehörteile. Ferner ist englische Damenkleidung, Röcke, Kostüme usw. fertig zu haben, in gleicher Weise Wolle- und Baumwollwaren sowie Lederwaren. — Auf Befehl des Verwertungsamtes des belgischen Ministerpräsidenten in Köln wird am Mittwoch eine öffentliche Versteigerung der auf dem Neumarkt stehenden Motorfahrzeuge stattfinden. Die Teilnehmer der Versteigerung haben eine Eintrittskarte für 50 ℳ zu lösen. Jedoch wird einem jeden Käufer diese Summe bei der Bezahlung zurückvergütet. Die Ausfuhr der 129 Motorfahrzeuge in das unbesetzte Gebiet ist britischerseits gestattet.

Die englische Handelskammer in Berlin. Die in Köln errichtete englische Handelskammer wird, wie uns ein eigener Drahtbericht meldet, in laufender Woche in Berlin eine Zweigstelle gründen. Major Retchford ist zu diesem Zwecke nach Berlin getahren.

Ausländische Banken im besetzten Gebiet. Der Crédit Général Liégeois eröffnete nach der „Frankfurter Zeitung" eine Niederlassung in Aachen und nimmt eine Kapitalserhöhung vor. — Ferner errichtete die Banque Nationale de Crédit eine Geschäftsstelle in Mainz.

Nationaler Handel als Grundlage der Seefahrt. Im „Wirtschaftsdienst" findet sich eine beachtenswerte Aeusserung von Eduard Woermann von der Hamburger Woermannlinie, der anlässlich eines Artikels über „Die Möglichkeit einer Monroe-Schiffahrtsdoktrin" von Dr. Rich. Heinig u. a. folgendes ausführt: „Schiffahrt ist nur möglich, wenn der Handelihr die Wege ebnet, und es ist eine grundfalsche Idee, wenn man jetzt auch in Deutschland immer nur von zerstörter Schiffahrt spricht, anstatt von zerstörtem Handel, und die Schiffahrt wieder aufbauen will anstatt den Handel, und denkt, dass wir durch die Schiffahrt den Handel wiederbekommen. Wenn wir in Zukunft nationale Schiffahrt betreiben wollen, müssen wir erst nationalen Handel, d. h. deutschen, im Weltmeer herumschwimmende Waren haben. Erst dann kommt die Schiffahrt wieder. So lange unsere Feinde sorgen, dass alle Waren, die nach Deutschland kommen, erst deutsche werden, wenn sie das Land berührt haben, und wenn alle Waren schon ausländischer Besitz sind, wenn sie das Deutsche Reich verlassen, gibt es keine deutsche Schiffahrt wieder." Woermann weist es zurück, dass umgekehrt eine Schiffahrt geschaffen werden könnte ohne den nationalen Handel und dass die Vereinigten Staaten sich künstlich eine Schiffahrt aufbauen könnten: „Wenn die Vereinigten Staaten und auch Japan das künstlich durch Gesetze oder Subventionen erzwingen wollen, werden sie Fiasko erleiden, wie alle Schiffahrt, die nicht auf dem nationalen Handel beruht. Diese Erwägungen sollten auch die deutsche Regierung davon überzeugen, dass ihr ein künstlicher Wiederaufbau der deutschen Schiffahrt nichts nützen wird, wenn das deutsche Uebersseegeschäft nicht wieder hochkommt. Das Deutsche Uebersseegeschäft ist die Vorbedingung für eine neue deutsche Reederei. Das deutsche Uebersseegeschäft kommt aber nur wieder hoch mit freiem Handel."

Wie unsere Industrie ruiniert wird. Der amerikanische Dampfer „Lake Fortarch", der bei Helgoland auf Grund geraten war, wurde nach Entlöschung nach Hamburg gebracht. Dabei stellte es sich heraus, dass der Boden ziemlich stark beschädigt war, so dass die Reparaturkosten sich auf 600 000 ℳ belaufen hätten. Der Auftrag wurde aber, so berichtet die „Weserzeitung", keiner Hamburger Werft übertragen, weil die Werft infolge der Arbeitsverhältnisse gezwungen war, die Dauer der Reparatur auf acht bis zehn Wochen zu veranschlagen. Dieser Zeit erschien den Amerikanern zu lange, da sich englische und amerikanische Werften mit drei Wochen, die in Hamburg vor dem Kriege auch nicht überschritten worden wären, auszukommen erklärten. Da die Arbeiter keine Ueberstunden mehr machen, die Sonntagsarbeit und insbesondere die Akkordarbeit aufgehoben ist, kann Deutschland in dieser Beziehung mit dem Auslande nicht mehr in Wettbewerb treten. Von der Kostensumme von 600 000 ℳ wären mindestens zwei Drittel auf Arbeitslöhne entfallen, während das erforderliche Material das letzte Drittel beansprucht haben würde. Dieser ausländische Werftauftrag, der der deutschen Industrie verloren gegangen ist, bedeutet, dass uns 600 000 ℳ Guthaben im Auslande fehlen.

Ausländische Volkswirtschaft.

Finnlands Butterüberfluss. Die Butterexportfirma Valio G. m. b. H. hat bei der Regierung die Freigabe des Butterexportes nachgesucht. Das Gesuch wird damit begründet, dass die Milch- und Butterproduktion in letzter Zeit so gestiegen sei, dass sie über den eigenen Bedarf des Landes hinausgehe. Falls die Ausfuhr nicht freigegeben würde, würden die Preise binnen kurzem so heruntergehen, dass die Landwirtschaft grosse Verluste erleide. Der Bedarf an Butter ist geringer als in normalen Zeiten, weil grosse Mengen von amerikanischem Speck und amerikanischem Schmalz auf dem Markte sind, die zu niedrigen Preisen zu haben sind und daher viel gekauft werden. Die Butterausfuhr betrug in den letzten Friedensjahren 10—12 000 t im Jahre und ging in der Hauptsache nach England. Da sich der Viehbestand unter dem Krieg kaum verändert hat, wäre die baldige Aufnahme eines Exports in gleicher Höhe durchaus möglich.

Gesteigerte Gründungstätigkeit in England. Seit Erklärung des Waffenstillstandes ist die Zahl der neuen Gesellschaften in England stetig gestiegen. Während im Mai 1918 im Vereinigten Königreich nur 396 Gesellschaften mit einem Gesamtkaktenkapital von 8 Millionen Pfund Sterling eingetragen wurden, betrug die Zahl der im Mai d. J. zur Eintragung angemeldeten Gesellschaften reichlich über 1000 mit einem Gesamtkapital von schätzungsweise 38 Millionen Pfund Sterling; von diesen waren 11 bzw. 61 „public", der Rest „privat" Companies. Es werden jetzt allmonatlich ebenso viele Gesellschaften mit einem Kapital über 1 Million Pfund Sterling gegründet als früher in einem ganzen Jahre.

Zunehmende Steinkohlenproduktion in Kanada. In Kanada wurden im Jahre 1917 14 046 768, im Jahre 1918 15 189 000 t Steinkohle produziert. Eine starke Produktionssteigerung wies die Provinz Alberta auf. Die entsprechenden Zahlen lauten 4 736 368 und 6 000 000 t.

Bankwesen.

Deutsch-asiatische Bank. Im englischen Unterhause hat nach den „Weltwirtsch. Nachr." der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes erklärt, dass die Liquidation der Konten der Deutsch-asiatischen Bank in Schanghai nahezu beendet sei, und dass die ausländischen und chinesischen Angestellten der Bank entlassen seien. Ihre Gebäude seien verkauft und ihre Organisation in Schanghai vollständig aufgelöst.

Der Abschluss einer tschechisch-slowakischen Bank, der Böhmischen Unionbank in Prag, liegt jetzt vor. Das Institut hat im Geschäftsjahr 1918 Zinseinnahmen in Höhe von 16,6 Millionen Kronen (i. V. 12,7 Millionen Kronen) zu verzeichnen. Provisionen erbrachten 3,5 Millionen Kronen (2,9 Millionen Kronen) und sonstige Erträgnisse 3,8 Millionen Kronen (5,6 Millionen Kronen). Durch die erhöhten Gehälter, Spesen und Steuern hat der Ueberschuss einen Rückgang von 10,2 auf 7,4 Millionen Kronen erfahren. Die Dividende beträgt 7½ % gegen 9½ % in 1917. Die Bilanz zeigt ein enormes Anwachsen der flüssigen Mittel Gelder aus den früheren Oesterreichisch-ungarischen Randstaaten, namentlich aus Ungarn und weiter auch wohl aus Deutschland, dürften hier Zuflucht vor der Vermögensabgabe gesucht haben. Die Kassenbestände, die in 1917 rund 12,3 Millionen Kronen betrugen, haben die unglaubliche Höhe von 251,4 Millionen Kronen erreicht. Die festen Geldeinlagen sind von 164,9 auf 203,6 Millionen Kronen gestiegen. Anderseits sind die Vorschüsse auf Effekten von 540,2 auf 277,9 Millionen Kronen zurückgegangen. Debitoren haben sich von 76,4 auf 191,1 und Kreditoren von 450,9 auf 556,3 Millionen Kronen erhöht. Das Aktienkapital des Instituts ist von 80 auf 120 Millionen Kronen erhöht worden.

Gründung einer französischen Vorschussbank zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden. Der französische Finanzminister legte, wie uns gemeldet wird, der Kammer einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Gründung eines „Crédit national pour faciliter la réparation des dommages de la guerre". Das Kapital dieser Gesellschaft soll 100 Millionen Frank betragen und von französischen Banken sowie kaufmännischen und finanziellen Gruppen gezeichnet werden. Die Gesellschaft soll die Berechtigung erhalten, 500 Millionen Frank Vorschüsse gegen Ausgabe staatlich garantierter Zinstitel zu gewähren. Die Ausgabe weiterer nicht staatlich garantierter Obligationen ist vorgesehen.

Weltwirtschaft.

Keine Umänderung deutscher Namen in England. Nach einer Bekanntmachung der Londoner „Gazette" müssen alle nach dem Vereinigten Königreich kommenden Ausländer eingetragen werden. Ausländer dürfen unter keinen Umständen die Namen wechseln; falls sie unter dem Namen einer Handelsgesellschaft Handel treiben, müssen die Worte „unter ausländischer Kontrolle" hinzugefügt werden; naturalisierte Ausländer dürfen ihren Namen nicht ohne Genehmigung des Ministeriums des Innern ändern; feindliche Ausländer dürfen während eines Zeitraumes von 21 Jahren nach Friedensschluss nicht naturalisiert werden.

Aktiengesellschaften.

Die Zuckerfabrik Körbisdorf Akt.-Ges., deren Aktienkapital sich zu einem grossen Teil im Besitz der Badischen Anilin- und Sodafabrik befindet, hat im Geschäftsjahr 1918/19 aus der Zuckerfabrikation 432 144 ℳ (i. V. 419 250 ℳ) und aus der Landwirtschaft 211 940 ℳ (199 901 ℳ) vereinnahmt, während der Bergbau einen Verlust von 86 855 ℳ (14 003 ℳ) brachte. Der gesamte Betriebsgewinn stellt sich auf 557 22 ℳ (628 255 ℳ). Nach Abzug der Zinsen, Unkosten und 117 442 ℳ (95 334 ℳ) Abschreibungen verbleibt ein Ueberschuss von 189 044 ℳ (341 028 ℳ), aus dem 6 % (10 %) Dividende zur Ausschüttung gelangen sollen. Die Verwaltung führt im Geschäftsbericht das verhältnismässig befriedigende Ergebnis darauf zurück, dass das Unternehmen am 1. April 1918 mit einem grossen Bestande von verfrühtem Zucker zu noch verhältnismässig billigem Herstellungspreis in das neue Geschäftsjahr eintreten konnte.

Dividendenvorschläge.

Gesellschaften	Vorschläge 1918	Gezahlte Dividenden 1917	1916	1915	1914
Dresdener Gardinen- u. Spitzen-Manufaktur	16	16	12	12	6
Joh. Haag, Maschinen- und Röhrenfabrik	8	11	6	5	4
Aktien-Zuckerfabrik Neuwerk	16	21	16½	15	9
Zuckerfabrik Radegast	10	20	20	5	—

Zulassungen zur Berliner Börse.

Gesellschaften	Beantragte Zulassung ℳ	Bisheriges Aktienkapit. ℳ
Gebr. Krüger & C.	300 000	3 300 000
Brauerei Spritfabrik A.-G.	2 361 000	10 461 000
Fritz Schulz jun., Leipzig	125 000	5 350 000

Gesellschaften	Zugelassen wurden ℳ	Jetziges Aktienkapit. ℳ
Schlegel-Scharpenseel-Brauerei-Akt.-Ges.	1 600 000	3 600 000
Basalt-A.-G.	1 050 000	5 520 000

Devisenkurse.

Berlin.

Telegraphische Auszahlungen:		21. Juli Geld	21. Juli Brief	19. Juli Geld	19. Juli Brief
Holland	100 Gulden	875	881	875	881
Dänemark	100 Kronen	840	846	84[illegible]	846
Schweden	100 Kronen	858	864	858	864
Norwegen	100 Kronen	859	864	859	864
Helsingfors	100 finnische Mark	98½	99½	100½	100½
Schweiz	100 Franken	370	370	370	370
Wien	100 Kronen	44,95	45,05	44,95	45,05
Madrid, Barcelona	100 Pesetas	284	285	284	285

Zürich, 21. Juli.

	Kurz v. 21. 7.	Vor. Kurz		Kurz v. 21. 7.	Vor. Kurz
Berlin	38	37½	Brüssel	78	77½
Wien	1650	164	Kopenhagen	127½	127½
Prag	267½	261	Stockholm	139½	139
Holland	218½	218½	Christiania	128½	127½
New York	568	568	Petersburg	37	38
London	24,90	24,88	Madrid	108	108
Paris	81	80½	Buenos Aires	185	186
Italien	69,75	69½			

Amsterdam, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

	K. v. 21. 7.	18. 7.		K. v. 21. 7.	18. 7.
Berlin	16,97	17,05	New York	268½	266,00
Wien	8,00	8,00	London	11,60	11,56
Schweiz	46,80	46,95	Paris	37,60	37,00
Kopenhagen	59,65	59,85	Christiania	62,40	63,00
Stockholm	65,35	65,40			

Kopenhagen, 19. Juli.

	K. v. 19. 7.	18. 7.		K. v. 19. 7.	18. 7.
Hamburg	80,00	88,85	London	19,52	19,58
Amsterdam	168,75	167,25	Paris	63,25	63,00
Schweiz	78,25	79,00	Antwerpen	62,75	62,50
New York	445,00	450,50			

Stockholm, 19. Juli.

	K. v. 19. 7.	18. 7.		K. v. 19. 7.	18. 7.
Berlin	37,00	36,50	London	17,55	17,55
Amsterdam	154,50	153,75	Paris	57,50	57,25
Schweiz	72,00	72,25	Brüssel	55,50	56,00
Washington	406,00	—,—			

Neuerscheinungen.

„Finanz-Archiv." Herausgegeben von Georg Schanz. 35. Jahrgang. 1. Bd. Stuttgart und Berlin 1919, J. G. Cotta Nachfolger.

Der neueste Band bringt neben Aufsätzen aus der Feder von F. W. R. Zimmermann: Wert und Wertabmessung sowie Wertfestsetzung des staatlichen Finanzvermögens nach dem Ertrage: Walter Werner: Steuerrecht und Sparkassen und P. Hünner: Aus der englischen Steuerpraxis, auch eine Sammlung der deutschen Kriegssteuergesetze 1918 mit einer Einführung von R. van der Borght, sowie die bayerische Steuerreform 1918 von Georg Schanz. Diese Reform ist dadurch bemerkenswert, dass sie einem allgemeinen Wunsche folgend zwar endlich eine Vermögenssteuer brachte, aber abweichend von der preussischen Gesetzgebung die Ertragssteuern nicht den Gemeinden überträgt, sondern dem Staate beläßt.

Bekanntmachungen des Polizei-Präsidiums.

Unter dem Hinde öffentlicher Rechtsschutz-Bittfest. Bittfestfeste, 15. und Artikelpat. ohne Hachfer. 22. 18. Stunde und Sternwiede ausfuchs. ohne. (W. 12 II. 4.) Berlin, den 15. Juli 1919. Der Polizeipräsident.

Theater am Dienstag, den 22. Juli 1919.

Friedr. Wilhelmst. Th. 7½ Uhr: Der Kinz.

Kleines Theater. 7½ Uhr: Im Baumed Erkennin.

Residenz-Theater. 8 Uhr: Das höhere Leben. Von Hermann Sudermann.

Trianon-Theater. 8 Uhr: Der gute Ruf. Von Hermann Sudermann.

Volksbühne Theater am Bülowplatz 8 Uhr: Der heilige Florian. Satire von Karl v. Weichmann

Winter-Garten. Täglich 7½ Uhr: — Varieté-Spielplan — Rauchen gestattet.

Reichshallen Theater. Gastspiel der Dresdner Victoria-Sänger. Anfang 7½ Uhr. Ab 1. 8. wieder Stettiner Sänger. Reichshallen-Garten 1. Stock: „Dönhoff-Brettl." Erstklassige Spezialitäten und Kabarettnummern! Halmers-Solisten-Orchester. Anfang 7½, Sonntag 5 Uhr.

Kurfürst. 12 Kurfürstendamm 12. Weinhaus L. R. Sommer-Terrasse! Als Unterhaltung: Heitere Kunst! Das grosse Programm: Marga Rosen, Fritz Loewe-Lessen, Anni Dotza, E. Schlüter-Girdnitz, Emil Hübner.

Admirals-Palast. 7½ Uhr, Stg. 8 u. 7 Uhr: Die neuen Ballette: „Im Gespenster-Schloss" „Wiener Walzer". Ausserdem Tanz-Revue.

Zoolog. Garten. Täglich Gr. Militär-Konzert. Eintritt 1.50 ℳ, Kinder die ab 6 Uhr 75 ₰ Hälfte. Aquarium 1 ℳ. Kinder die Hälfte.

MARMOR HAUS. Direktion: Siegbert Goldschmidt. Kurfürstendamm 236. Letzte 2 Tage! MAZEPPA. Der Volksheld der Ukraine. 6 Akte, verfasst, inszeniert von Martin Berger. Hauptdarsteller: Werner Krauss, Eva Speyer. Ausserdem das Lustspiel: Die Medaille der Republik mit Richard Senius, Henrich Peer, Ida Perry. Regie: L. Bätz. 4. 615. 830

Spedition. Lagerhäuser mit Bahnanschluss und Gleis. Auskunftsrt. u. Verzollg. Automobil-Spedition Robert Haberling. W. 9, Köthenerstr. 38.

Hohen Verdienst durch Nebenberufe. Vermittlung von Lebensversicherungen. Gefl. Zuschriften unter Angabe Ruf. kunft unter G. L. 289 an die Exp. b. Bl.

Altertümer, Porzellansachen, Gläser, feine Bronzen, Möbel aus Privathand verkäuflich. Auskunft erteilt Hans Grosa, Berlin SW. 29, Willibald-Alexiastr. 33.

Der bedeutsamste Beitrag zur Rechtfertigung Deutschlands vor der Welt: Dr. Th. v. Bethmann Hollweg „Betrachtungen zum Weltkrieg" 2 Teile. Teil 1 liegt vor. — Teil 2 erscheint in 6 Wochen. Preis für jeden Teil in Pappe 9 ℳ, in Halbperg. 14 ℳ. Bestellungen erbitten: Schmidt & Co., Berlin SW. 61.

Ankauf Verkauf. Altkunst- G.m.b.H., Berlin, Wilhelmstr. 409. Antiquitäten. Möbel-Porzellane Gemälde-Gobelins. Kostenlose Abholungen erbeten. Telefon: Zentrum 3463

Abdampf-Entöler. D. R. P.

Vorzüge: Grosser, freier Querschnitt. Kein Gegendruck an der Dampfmaschine. Kein Vacuum-Verlust. Keine Bedienung. Vollkommene Entölung. Bedeutende Oelrückgewinnung! Ausführliche Prospekte auf Verlangen!

Schäffer & Budenberg, G. m. b. H., Magdeburg-Buckau.

Mampe-Stube (frühere Bols-Stube) Friedrichstraße 169 Ecke Französische Straße. Die oberen Räume werden jetzt bereits 11 Uhr vormittags geöffnet und bleiben ununterbrochen bis 12½ Uhr nachts offen. Besonders feine Liköre · Punsche Eisgetränke · · Seltene Weine Champagner-Eisgetränke Bowlen

Tätiger Teilhaber. Zur Neugründung einer Tapetenfabrik in Berlin werden bereits bestehender Rohstoff-Fabrik von langjährigem Kaufmann aus der Tapetenbranche gesucht. Erforderlich sind ca. 100 Mille, event. könnten 2 Herren sich tätig beteiligen. Ernsthafte Reflektanten erhalten ausführliche Auskunft Paul Michalke, Berlin C 25, Münzstr. 20, Fernsprr Alex. 3826.

Detektiv Rauschild Polizeioberwachtmeister a. D. Beobachtg., Ermittlg., Berlin, Friedrichstr. 183, Tel. 9601.

Bekanntmachung betreffend einstweilige Wahrnehmung der Geschäfte des Evangelischen Konsistoriums der Provinz Posen für den von den Polen nicht besetzten Teil des Konsistorialbezirks. Im Einverständnis mit dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Kultusbildung ordnen wir hierdurch bis auf weiteres das Folgende an:

I. Mit Wahrnehmung der Geschäfte des Evangelischen Konsistoriums der Provinz Posen für den von den Polen nicht besetzten Teil des Konsistorialbezirks Posen werden beauftragt
1) der Präsident des Evangelischen Konsistoriums der Mark Brandenburg, Wirkliche Geheime Oberkonsistorialrat D. Steinhausen, dem zugleich die Leitung der Geschäfte übertragen wird,
2) der Oberkonsistorialrat Flubme, zugleich als Stellvertreter des Präsidenten,
3) der Geheime Konsistorialrat Büttner,
4) der Konsistorialrat Dr. von Bonin,
sämtlich in Berlin.

II. Die Erledigung der zu I. bezeichneten Geschäfte erfolgt unter der — auch für Briefe maßgebenden — Firma: „Evangelisches Konsistorium der Mark Brandenburg, Abteilung Posen". Als Dienstsiegel ist das Siegel des Evangelischen Konsistoriums der Mark Brandenburg zu verwenden. Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin SW. 68, Zimmerstr. 14.

III. Im übrigen wird der Geschäftsgang durch den zu I. 1 genannten Präsidenten nach Maßgabe der für die evangelischen Konsistorien der übrigen preußischen Provinzen bestehenden allgemeinen Vorschriften geregelt.

Berlin-Charlottenburg, den 13. Juli 1919.
Evangelischer Oberkirchenrat.
gez. Moeller. 2819

Auto-Berelfung Vulkanisier-Anstalt. Ist paraturen an Auto-, Motor- und Fahrrad-Reifen, Schläuchen neuer Qualität, sachgemäss ausgeführt. Gleitschuhs-Fabrik „Elite", Friedrichstr. 181d, Ecke Kurstr. Einkauf von Decken, Schläuchen höchstgeboten.

Brillanten. Juwelen, Perlen, Smaragde und Perlenschnüre kauft zu hohen Preisen. M. Spitz, Friedrichstrasse 91/92 zwischen Mittel- und Dorothenstrasse.

Deutsche Hypothekenbank in Meiningen. Die Listen über die Verlosung unserer 4½%igen seit 1. Juli 1900 verlosb. Pfandbriefe (Serie II), 4½%igen verlosb. u. seit 1. Jan. 1906 kundb. Pfdbrfe. (Gm. IV) und 4½%igen seit 1. Jan. 1907 verlosb. u. kundb. Pfdbrfe. (Gm. V) mit Wpr.-Dt.-Zin. werden von uns und von unserer Filiale Berlin W. 8, Schreinstraße Nr. 8, kostenfrei abgegeben und versandt. Die verlosten Pfandbriefe sind am 1. Oktober d. J. zur Rückzahlung fällig. Auf Wunsch der Pfandbriefbesitzer übersenden wir diesen regelmäßig portofrei die Verlosungslisten oder übernehmen kostenfrei die Kontrolle der Verlosungen und Kündigungen. Auftragsformulare stehen bei uns zur Verfügung. Meiningen, den 1. Juli 1919. Deutsche Hypothekenbank.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Max Rudolf Sentmann, Berlin. Für den Anzeigenteil und „Gerichtliche Mitteilungen" verantwortlich: Herm. Joachim Schumacher, Berlin. Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68, Wilhelmstr. 32.

Nr. 346.
22. Juli 1919.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Beiblatt.
Morgen-Ausgabe.

Amerika und Japan.

Japan hat sich als Lohn für den Weltkrieg die großen Schiffahrtsverbindungen im Osten gesichert, die einst Englands Privileg waren. Es fordert jetzt als Preis für seinen Beitritt zum Weltfrieden die wirtschaftliche Vormachtstellung in China. England und Frankreich haben dem zugestimmt, aber Amerika macht moralische Bedenken geltend, hinter denen sicher wohlverstandene wirtschaftliche Wünsche stehen. Im amerikanischen Senat ist gesagt worden, die Vereinigten Staaten könnten nicht die Schuld auf sich nehmen, daß 40 Millionen Chinesen in der Provinz Schantung zu Sklaven Japans gemacht würden. Zugleich kommt die Nachricht einer eindrucksvollen Demonstration der amerikanischen Flotte, jenes von Wilson im Weltkriege geschaffenen Werkzeuges für die Beherrschung des Pazifischen Meeres. Eben um diese Frage der Vormacht auf dem Pazifischen Ozean dreht sich der nicht erst von heute datierende Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Japan.

Bedeutet die Demonstration Kriegsbeginn? Diese Auffassung wird von denjenigen vertreten, die behaupten, für England habe der Weltkrieg keinen Zweck gehabt, wenn ihm nicht die kriegerische Auseinandersetzung zwischen Amerika und Japan folgen würde. Zweifellos sind diese beiden Länder noch der Niederlage Rußlands Englands hauptsächliche Nebenbuler für die Beherrschung der Welt. Ebenso wie England, wurde Japan durch die Entdeckung Amerikas geographisch in den Mittelpunkt der Welt gestellt. Es hat die gleiche insulare Lage wie Großbritannien, infolge der insularen Lage die gleiche nationale Geschlossenheit und durch die nationale Geschlossenheit auch den nationalen Willen zur Expansion.

Japan gehört zu denjenigen Ländern, die, ähnlich wie die Neutralen, vom Kriege wenig in Mitleidenschaft gezogen worden sind, vielmehr aus der günstigen, durch diesen geschaffenen Konjunktur mit verstärkter industrieller und kommerzieller Tätigkeit einen Zuwachs an Nationalvermögen gehabt haben, der nun in die Richtung politischer und wirtschaftlicher Expansion drängt.

Die Vorteile, die England von einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Amerika und Japan hätte, wären eine Behinderung Japans in dem weiteren Ausbau seiner kommerziellen Vormachtstellung in Ostasien, vielleicht der Zwang, diese während der Dauer des Krieges wieder an England abtreten zu müssen. Amerika würde zweifellos als wirtschaftlicher Konkurrent Großbritanniens auf dem europäischen wie auf dem südamerikanischen Markte zurückgedrängt werden können und wäre vor allem gezwungen, im Konflikt mit Mexiko zurückzuweichen, wodurch England freiere Bahn für die Beherrschung der Petroleumproduktion in Mexiko erhielte. Endlich hätte die Verwicklung Amerikas in einen neuen Krieg eine günstige Wirkung auf Kanada im Sinne der Zurückdrängung der Einigungsbestrebungen mit Amerika, die vor allem im kanadischen Westen doch noch vorhanden sind, und daher im Sinne einer noch stärkeren Befestigung des Verhältnisses zum Mutterlande.

Gegenüber diesen Vorteilen hätte der Krieg aber gerade für England die schwersten Bedenken, die die Vorteile überwiegen würden, weil Großbritannien gegenüber früher, vor allem innerpolitisch, in einer veränderten Lage ist.

Es hat mit dem Sozialismus zu rechnen, der, wie in allen Ländern, so auch hier, Abneigung gegen einen neuen Krieg zeigt. England müßte aus innerpolitischen Gründen sicher sein, nicht selbst in kriegerische Verwicklungen hineingezogen zu werden, und diese Sicherheit ist nicht unbedingt gegeben. Zwischen dem mächtigen Japan und dem dämmbedürftigen Australien besteht Rivalität. Australien fürchtet von Japan eingekreist, angegriffen und verschluckt zu werden. Wenn Japan in einen Krieg verwickelt wird, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Australier sich in ihrer Feindschaft gegen Japan nicht zurückhalten lassen. Und wenn auch Australien selbständig und auf eigenes Risiko den Krieg nicht führen könnte, so könnte doch die Reibung zwischen Japan und Australien das englische Mutterland aus Prestigerücksichten in sehr schwierige Alternativen bringen. Großbritannien hat mit noch einer anderen Gefahr zu rechnen: Es beherrscht seit 1½ Jahrhunderten durch ein musterhaftes Verwaltungssystem — wenige weiße Beamte und Belassung einer weniggehenden Scheine nach bestehenden Autonomie an die Eingeborenen — Indien. Aber Gärungsstoff ist hier viel vorhanden. Großbritannien weiß das, und es ist mit Japan zu einer Art Uebereinkommen gelangt, daß die englischen Kräfte in Indien durch Japan nicht gebunden werden sollen. Durch einen Krieg, vor allem durch einen Konflikt zwischen Japan und Australien, der fast unvermeidbar wäre, würde auch das indische Problem aufgerollt; und in dem Augenblick, wo in Asien England ein mächtigen Gegner entsteht, dürfte niemand für die Loyalität der Inder die Garantie übernehmen wollen. Diese Bedenken gegen den Krieg dürften stärker sein, als die Vorteile für England, und man scheint das in London erkannt zu haben, denn die „Times" mahnt Japan zu Ruhe und Mäßigung.

Ob die Vereinigten Staaten es auf den Krieg ankommen lassen wollen, ist nicht leicht zu beurteilen. Indessen möchte man doch aber glauben, daß sie grundsätzlich kriegsbereit sind, wenn Amerika vielleicht auch den Krieg gerade im gegenwärtigen Augenblick so vieler noch ungelöster Fragen nicht will. Die Vereinigten Staaten sind der Prototyp des Landes, das durch den Weltkrieg ungeheuren politischen und finanziellen Machtzuwachs gehabt hat. Die Beherrschung des Stillen Ozeans ist der alte, übrigens sehr realistische Traum der Amerikaner. Mit einer Einflußsphäre in China wäre der Kreis geschlossen, der durch die amerikanischen Küsten, durch die Philippinen und eben durch China bestimmt wird. Wenn von Amerika geltend gemacht wird, daß es die Verantwortung für die Verwaltung Chinas nicht übernehmen kann, so ist der hierin enthaltene Vorwurf nicht durchaus unberechtigt. China erwartete, daß Japan sich nach der „Befreiung" von den Deutschen zurückziehen würde, aber Japan verlangte von China im Januar 1915, es solle sich des Rechtes begeben, in der Schantung-Angelegenheit überhaupt mitzusprechen. Durch ein Ultimatum vom Mai 1915, unterstützt durch über 60 000 über Nordchina verteilte Truppen erzwang Japan Chinas Vergicht, und nach der Lösung der Verträge, mit Deutschland richtete Japan ohne Chinas Zustimmung in Schantung eine Zivilverwaltung ein, die es übrigens weit über den Umfang des früher unter deutscher Verwaltung stehenden Gebietes ausdehnte.

Amerika wird jedoch in Betracht ziehen müssen, daß die Japaner zu den besten Soldaten der Welt gehören, daß die Wehrpflicht im eigenen Lande noch neu ist, daß zwar die in Europa kämpfenden amerikanischen Soldaten bedenkenlos zu sterben wußten, daß es sich aber hier nur um eine verhältnismäßig kurze Kriegszeit gehandelt hat. Der Beweis dafür, daß die Amerikaner imstande wären, einen unter Umständen längeren Krieg gegen einen der furchtbarsten militärischen Gegner der Welt — ohne Mithilfe Englands — zu führen, ist noch nicht erbracht. H. Kr.

Keine Reichsgelder für Parteizwecke.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

K. Weimar, 21. Juli.

Amtlich wird uns mitgeteilt: In der Sitzung der Preußischen Landesversammlung vom 11. Juli ist von deutschnationaler Seite die bereits früher aufgestellte Behauptung wiederholt worden, daß öffentliche Gelder für Parteipropaganda von amtlichen Auffklärungsstellen, darunter auch durch die Zentrale für Heimatdienst, in erheblichem Umfang verausgabt worden seien. Diese Behauptung entspricht, soweit sie sich auf die Zentrale für Heimatdienst bezieht, nicht den Tatsachen.

Die der Reichskanzlei unterstellte Zentrale für Heimatdienst ist vielmehr unausgesetzt bemüht, weitestes Kreise der Bevölkerung mit unparteiischem Aufklärungs-, Nachrichten- und Tatsachenmaterial zu versehen, vor allem über die Kenntnis der Gefährlichkeit der weiteren Streiks zu fördern und so einer Erneuerung und Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens die Wege zu ebnen. Die Druckschriften, Flugblätter und Plakate der Zentrale für Heimatdienst sind ausschließlich in dieser Richtung gehalten. Von einer Mehrbelastung der Reichsdruckerei infolge der Tätigkeit der Zentrale für Heimatdienst kann keine Rede sein, da die Zentrale für Heimatdienst niemals an die Reichsdruckerei einen Auftrag auf Lieferung von Papier oder Druckachen vergeben hat. Richtig ist, daß der inzwischen aufgelöste sogenannte „Werbedienst der deutschen Republik" in den ersten Revolutionsmonaten in der Tat parteipolitische Propaganda in weitestem Umfange getrieben hat. Diesem Mißbrauch ist seitens der Reichsregierung damals energisch entgegengetreten worden. Schon damals ist auf die Anfrage des Abg. Mumm die amtliche Erklärung abgegeben worden, daß die Reichsregierung es durchaus mißbilige, daß Reichsgelder zu Parteizwecken verausgabt worden sind. Die Reichsregierung steht noch wie vor auf diesem Standpunkt und hat alle Maßnahmen getroffen, um jede mißbräuchliche Verwendung von Reichsgeldern zu Parteizwecken in Zukunft unmöglich zu machen.

Das Wirtschaftsleben in der Verfassung.

Deutsche Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung hat in ihrer umfangreichen Montagssitzung die Beratung des wichtigen fünften Abschnitts der Grundrechte „Das Wirtschaftsleben" begonnen. Der preußische Entwurf enthielt nur einen § 28 über die Innenbesiedlung und die Grundbesitzverteilung, der Ausschußentwurf umfaßt 15 Artikel. Diese sind zum Teil von größter grundsätzlicher Bedeutung. Im Gegensatz zu dem Antrage der Unabhängigen, welche an die Stelle dieser Vorschriften die Umbildung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in die sozialistische zum Ausdruck bringen wollten, handelt es sich bei den meisten Bestimmungen dieses Abschnitts um eine Fortbildung auf der Grundlage des bisherigen Rechtes. Das Eigentum wird nach wie vor gewährleistet, die Enteignung in der Regel nur gegen Entschädigung zugelassen; gegenüber Kämmern, Kommunen und gemeinnützigen Verbänden muß sogar nach dem zur Annahme gelangten Antrag Bayerle eine Entschädigung erfolgen. Auch das Erbrecht ist nach wie vor gewährleistet. Aber alle diese und andere Garantien der bisherigen wohlerworbenen Rechte in der Verfassung sind von zweifelhaftem Werte. Denn da in der Regel auf die Gesetze Rücksicht genommen wird, die zur Ausführung der Verfassungsvorschriften vorbehalten sind, so kamtelt es sich nur um Rahmenbestimmungen, die nach dem Belieben der jeweiligen Reichstagsmehrheit ausgestaltet werden können. Wenn z. B. Art. 151 sagt, „Das Erbrecht wird nach Maßgabe des bürgerlichen Rechts gewährleistet, der Anteil des Staats am Erbgut bestimmt sich nach den Gesetzen", so ist das eine reichlich merkwürdige Feststellung. Denn durch Erhöhung des Staatsanteils und durch Ausschließung gewisser bisheriger Erbberechtigter ist die Reichsgesetzgebung immer in der Lage, das gesetzliche Erbrecht der Familienangehörigen und die Verfügung über das Eigentum durch letztwillige Anordnung einzuschränken oder tatsächlich ganz zu beseitigen.

Manche Vorschriften erscheinen fast überflüssig. Art. 149 erklärt z. B., daß im Wirtschaftsverkehr Vertragsfreiheit nach Maßgabe der Gesetze gelten solle. Das war auch schon bisher der Fall, und da wiederum auf die Gesetze Bezug genommen ist, so können diese die Vertragsfreiheit beliebig einschränken. Gänzlich zwecklos erscheint der zweite Absatz: „Wucher ist verboten, Rechtsgeschäfte, die gegen die guten Sitten verstoßen, sind nichtig". Diese Vorschriften finden sich bereits im B. G. B. Art. 138, sogar noch weitaus besser gefaßt, denn dort ist der Begriff des Wuchers erörtert, während dieser durchaus nicht feststehende Rechtsbegriff in der Verfassung vorausgesetzt ist.

Eine lebhafte Erörterung hat Art. 152 hervorgerufen, der von der Verteilung und Nutzung des Bodens spricht. Die Sozialdemokraten wollten die Fideikommisse retten, die Mehrheitssozialisten die Bodenschätze und Naturkräfte, nicht nur, wie es die Ausschußfassung vorsichtigt, der Aufsicht des Staates unterstellen, sondern in Gemeinegentum überführen. Es würde damit eine Entwicklung vollendet werden, die hinsichtlich der Steinkohle, der Salz- und Sodaquellen in Preußen schon durch das Gesetz vom 18. Juni 1907 angebahnt worden ist.

* * *

62. Sitzung. Montag, den 21. Juli 1919, nachm. 3 Uhr.

Am Regierungstisch: Preuß, Schulz u. a.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Minuten.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft vom 23. März 1919.

Die zweite Beratung des Verfassungsentwurfs wird bei dem fünften Abschnitt der Grundrechte und das Wirtschaftsleben, Artikel 148—162, fortgesetzt.

Abg. **Stinzheimer**

erstattet den Bericht über diesen Abschnitt. Dieser Teil der Verfassung behandelt das Wirtschaftsleben. Einen seiner Hauptgrundsätze bildet die rechtliche Anerkennung des Eigentums. Von größter Bedeutung ist die in dem Abschnitt enthaltene Regelung des Arbeitsrechts, für dessen Gesamtgebiet die Vereinheitlichung angestrebt wird. Endlich bringt dieser Teil der Grundrechte die Regelung der Mitbestimmung; dabei wird von dem Gedanken ausgegangen, daß die wirtschaftlichen Kräfte nicht frei und ungebunden wirken dürfen, sondern organisatorisch festgelegt werden müssen, noch denen sich die Entwicklung der Wirtschaftskräfte abspielen soll.

Artikel 148 gewährleistet im wesentlichen die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen und die Handels- und Gewerbefreiheit. Die unabhängigen Sozialdemokraten beantragen, die Artikel 148 und folgende, die sich auf die Wirtschaftsordnung beziehen, zu streichen und dafür die Umbildung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in die sozialistische auszusprechen.

Abg. **Henke** (U. Soz.):

Von einem Siege der Revolution und der proletarischen Weltanschauung findet man in dieser Verfassung keine Spur.

Artikel 148 wird in der Fassung des Ausschusses angenommen. Artikel 150 gewährleistet das Eigentum. Enteignet kann nur zum Wohl der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage gegen angemessene Entschädigung werden. Dazu liegt ein Antrag Heinze (D. Vp.) vor, bei Festsetzung der Höhe der Enteignungssumme den Rechtsweg offen zu halten, und ein Antrag Dr. Bayerle, daß Enteignungen gegenüber Ländern, Gemeinden und Verbänden nur gegen Entschädigung vorgenommen werden können.

Abg. Dr. **Heinze** (D. Vp.):

Die Art, wie Entschädigungen festgesetzt werden, beweist, wie diese Dinge bisweilen mit Rechtsfragen verquickt sind. Letzten Endes muß die Entscheidung doch die Gerichtsbehörde treffen. Das Einspruchsrecht wird durch diese Fragen stark in Anspruch genommen. Die Umregelung, daß auch Länder entschädigt werden sollen, nehmen wir an.

Reichskommissar Dr. Preuß:

Dagegen, daß in Fällen der Enteignung der Rechtsschutz der Gerichte eintritt, ist im Grunde genommen nichts einzuwenden. Dagegen erscheint es bedenklich, angesichts der Folgen, die der Friedensvertrag haben kann, eine Bestimmung aufzunehmen, die ausgeschlossen hat, der künftigen Gesetzgebung einen Riegel vorzuschieben. Die Möglichkeit muß offen gehalten sein, die Enteignungsfrage durch neue Gesetze zu regeln. Derselbe Einwand gilt auch gegenüber dem Antrag Bayerle.

Abg. **Leicht** (Zentr.):

Der Antrag Bayerle will, daß bei Enteignungen gegen Länder, Gemeinden und gemeinnützigen Verbände in jedem Falle Entschädigung erfolgen soll. Enteignungen geschehen im Interesse der Allgemeinheit, Länder, Gemeinden und gemeinnützigen Verbände sind aber bereits ein quantitativ geringer Teil der Allgemeinheit oder stehen in ihrem Dienste.

Württembergischer Ministerialdirektor Rüstlein

empfiehlt im Namen sämtlicher einzelstaatlicher Regierungen die Annahme des Antrags Bayerle. Er verlangt nicht Billigkeit, sondern schätzt die an sich schon finanziell in bedrängtester Lage befindlichen Länder vor neuer Schwächung ihrer finanziellen Kraft.

Damit schließt die Besprechung. Der Artikel 150 wird unter Ablehnung des Antrags Heinze und Annahme des Antrags Bayerle angenommen.

Artikel 151 (Gewährleistung des Erbrechtes) wird angenommen.

Präsident Fehrenbach

bittet mit Rücksicht darauf, daß die bisherigen Verhandlungen über Artikel, die eigentlich kaum Gegenstand einer ernsten Diskussion gewesen seien, schon zwei Stunden in Anspruch genommen hätten, sich größter Kürze zu befleißigen.

Nach Artikel 152 soll die Verteilung und Nutzung des Bodens jedem Deutschen, besonders kinderreichen Familien, Wohn- und Wirtschaftsheimstätten sichern, unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsteilnehmer. Grundbesitz kann zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses, zur Förderung der Siedlung und Urbarmachung oder zur Hebung der Landwirtschaft enteignet werden. Die Fideikommisse sind aufzulösen. Die Bodenbearbeitung ist Pflicht des Grundbesitzers. Die Wertsteigerung des Bodens, die ohne eine Arbeits- oder Kapitalaufwendung auf das Grundstück entsteht, ist der Gesamtheit zuzuführen. Alle Bodenschätze und Naturkräfte stehen unter der Aufsicht des Staates.

Ein Antrag der Deutschnationalen Arnstadt und Gen. will die Auflösung des Fideikommisses streichen und die Wertsteigerung des Bodens ohne Arbeit und Kapitalaufwendung „durch Besteuerung für die Gesamtheit nutzbar machen".

Ein Antrag der Demokraten Hartmann und Gen. will statt „der Gesamtheit zuzuführen" sagen: „für die Gesamtheit nutzbar zu machen".

Abg. Waldstein (Dem.) beantragt, statt „Naturkräfte" zu sagen: „wirtschaftlich nutzbare Naturkräfte".

Der Auswanderer.

Von

Wilhelm von Scholz.

I.

In einem westfälischen Bauern, einem Sauerländer, der im Dorf nur der „lang Hannes" genannt wurde und ein Spoekenkieker, ein Hellseher war, hatte sich der Gedanke festgesetzt, er müsse nach Amerika auswandern. Ein Vetter seines Vaters war vor Jahren übers große Wasser gegangen. Nachdem man lange nichts von dem gehört und ihn schon für tot gehalten, waren Briefe vom Ihm gekommen, in denen er schilderte, wie gut es ihm jetzt nach den ersten schweren Zeiten gehe. Schließlich hatte er den Hannes mal ermuntert, doch auch zu versuchen, aufzupacken und herüberzukommen. Das hatte bei dem Hannes, der ein bedächtiger, schwerfälliger Mann, ein Sinniger und Schweigsamer war, keineswegs etwa gleich gezündet. Aber es war doch unverloren in seine Seele hinabgesunken und tauchte manchmal dunkel in ihm auf, wenn ein schlechtes Erntejahr war, wenn Hagelschläge ihm den Ertrag seiner Arbeit schmälerten oder er allgemeine Umständlichkeiten mit der Bodenbewirtschaftung, mit Steuern und Verordnungen hatte. Dann hole er abends die Petroleumlampe von der Kommode und aus dem obersten Schubfach den Brief, setzte sich an den Tisch und las bei einer Pfeife langsam wieder die begeisterte Schilderung des Vaterbetters von seinem großen Gut. So könnte er, Hannes, auch auf solchem Boden, und leichter wäre er dazu kommen als der Vetter, weil der doch schon seit Jahren ganz eingewohnt sei drüben und ihm helfen und beistehen könne. Wenn er das bedächtig rauchend, wieder gelesen hatte, faltete er den Brief zusammen, trug ihn und die Lampe zur Kommode zurück, setzte sich auf die Bank an den Ofen; und das einzige Zeichen davon, daß etwas in dem Manne mit dem unbewegten Blick vorging, waren die Wolken von Tabakrauch, die er von Zeit zu Zeit ausstieß. Und immer ging er dann am nächsten Tage, so als hätte ihn die Stimme seines Gedankenbesuches in Amerika erfrischt doppelt energisch an die Arbeit.

Ein westfälischer Bauer ist fast wie ein Baum in die Scholle verwurzelt, die ihn trägt. Aber das und eine gewisse Schwerfälligkeit im Entschließen war es wohl nicht allein, was ihn immer wieder zu Hause festhielt und trotz aller Verlockungen nach drüben den Entschluß nicht finden ließ. Er schien auf irgendeinen Anstoß, ein deutliches Zeichen, daß es das rechte sei, zu warten. Daß er es vielleicht tun werde, hatte er seiner Frau manchmal gesagt, um sie auf die Möglichkeit vorzubereiten. Und sie, die ein volles bedächtiges Wesen war, hatte meist nur die Antwort: es sei ihr recht, wenn er es wolle; die Wahrheit sei ihr noch genug!

Es wäre seinen Nachbarn und überhaupt den anderen Bauern des Dorfes, die, wenn auch nicht durch ihn, doch vielleicht durch die Frau oder den Postboten von der Sache gehört hatten, gewiß sehr recht gewesen, wenn er ausgewandert wäre. Er war ihnen mit seiner Hellseherei unheimlich, obwohl er fast nie von dem sprach, was er sah und wußte; aber man merkte es ihm doch an. So sah er oft bis zu einem Jahre vorher den Tod ganz gelassen kräftiger Leute voraus. Zu denen war er dann seltsam höflich, fast feierlich, in einer linkischen, unbeholfenen Weise. Man hatte erst geglaubt, er spinne. Aber dann hatte es sich öfter wiederholt, und sie wußten nun, was sie davon zu halten hatten. War der Tod der Betreffenden nahe, ging er nie anders als mit abgewandterer Mütze an deren Hause vorbei. Einmal war er nach dem Besuch eines als Zimmermann in Münster lebenden Bruders ganz wortkarg und traurig geworden, ohne auf die vielen Fragen danach einen Grund zu nennen, bis nach wenig Wochen die Todesnachricht des Bruders kam. Da wußten alle, was der Grund gewesen war. Und man erzählte sich, kurz zuvor habe ihn zufällig ein ehemaliger Kamerad des Bruders nach dem gefragt; da sei der Hannes plötzlich erschrocken und habe entsetzt ausgerufen: er liegt mit gebrochenem Genick auf einem Sandhaufen und stirbt! Das stellte sich als Wahrheit heraus: an dem Tage und zu der Stunde war der Bruder bei einem Neubau vom Gerüst gestürzt. Kein Wunder, daß die Leute den unheimlichen Gesellen, ein so guter Nachbar er auch sonst mit seinem ruhigen, in sich gekehrten Wesen war, gerne fortgeleitet hätten.

Da kam eines Tages wieder einmal eine Karte von dem Amerikaner, der schrieb, Hannes habe doch wohl keine Lust mehr und das sei schade. Er habe sein Gut wieder vergrößert und jetzt auch eine Pferdezucht angelegt. Gute Pferde, das war eine Liebhaberei des Hannes, der bei der Kavallerie gedient hatte. Mehr als sonst wurde er an dem Tage nachdenklich. Und der Zufall wollte, daß gerade an demselben Tage ein Auswanderungsagent, der von dem amerikanischen Vetter gehört haben mochte, bei dem Hannes vorsprach und ihm die Vorteile der neuen Welt mit leuchtenden Farben schilderte, auch schon in Anbeutungen von einem guten Käufer, den er für das Gut des Hannes müßte, sich einging. Der Hannes gab ihm auch nicht viel mehr als ein paar Fragen zur Antwort. Aber am Abend des Tages lag er lange im Bette mit offenen Augen wach. Da rechnete er und überschlug seine Besitztümer. Und am nächsten Morgen schrieb er, wiewohl etwas bedrückten Herzens, an den Agenten und an den alten Vetter, daß er entschlossen sei. Er schien aber unwirsch, daß noch nicht ganz im reinen mit seinem Entschluß, schüttelte manchmal den Kopf oder zuckte die Achseln, wenn er allein über die Dorniraße ging, als spräche er mit jemand, und schien dann wieder die innerlich geführten Gespräche mit einem entschlossenen Ruck, mit einem Aufrichten des ganzen Körpers, rasterem Gang und energischem Anpacken der Arbeit abzubrechen. Diese Wechsel in ihm waren so sichtbar, daß sie den Leuten auffielen.

Die Sache mit dem Verkauf war bald soweit geordnet. Der Termin für das Erscheinen vor dem Gerichtsnotar wurde angesetzt. Der Hannes hatte schon all das Wenige zusammengetragen, was er mitnehmen würde, halte allerhand Verbindlichkeiten zu erledigen angefangen, schweerfällig an ein paar entfernt wohnende Verwandte Abschiedsbriefe geschrieben. Tags ging er in Gedanken versunken immer wieder auf seinem Hofe herum, in die Ställe, die Scheune, den Geräteschuppen, stöberte die Winkel durch; abends saß er bei der alten Lampe und las in ein paar Bauernkalendern, was er über Amerika finden konnte, über die amerikanische Pflanzenwelt, die Gewinnaussichten drüben, Volkscharakteristika und was der gleichen mehr war. Er war nicht mehr hier, sondern schon drüben. Deshalb konnte er alles in bedächtig, so ohne Ungeduld machen, konnte so recht geruhig mit allem in der Heimat abschließen. Er ging jetzt auch mal ins Wirtshaus, was er früher sehr selten tat, und suchte sich in einem schmutzigen Kneipbau den Reisenden nach Hamburg zusammen. In drei Wochen sollte ausgebrochen werden.

(Schluß folgt.)

Wettbewerbsreform. Der Arbeitsrat für Kunst, die radikale Berliner Künstlergruppe, hat im Hinblick auf die letzten Mißerfolge im staatlichen Wettbewerbswesen, insbesondere bei dem unglücklichen Wettbewerb für die neuen Briefmarken, dem Reichspostministerium Vorschläge für eine Neugestaltung des Ausschreibungswesens unterbreitet. Sie werden hoffentlich mindestens bei dem bevorstehenden neuen Wettbewerb berücksichtigt. Die Vorschläge lauten zusammengefaßt: 1) Wettbewerbe sind wie Submissionen eines Staates unwürdig. Die Wettbewerbe fordern eine ungeheure Summe von Arbeit heraus, in der jene Lotterie, die sich nur der Gewinner Lotterie gleicht. Deshalb: der Staat vergibt feste Aufträge unter namentlicher Verantwortung des betreffenden Beamter. — 2) Solange dieser Standpunkt nicht durchdringt, verlangt der Arbeitsrat: alle Teilnehmer an einem Wettbewerb erhalten eine angemessene Entschädigung, oder alle Teilnehmer arbeiten ehrenhalber. In beiden Fällen besteht der Preis allein in der Ausführung der gewählten Arbeit. Der gewählte Entwurf muß ausgeführt werden, jedenfalls kein anderer. — 3) Die Preisrichter legen sich zusammen aus gleich vielen Vertretern der akademischen wie der radikalen Künstlerschaft. Beide Gruppen wählen für sich. Jede Gruppe nennt einen nach ihrem Urteil besten Entwurf, so daß für die letzte Entscheidung zwei Entwürfe vorliegen. Die letzte Entscheidung hat ein von beiden Gruppen gemeinsam gewählter Vertrauensmann, doch nur unter diesen beiden Entwürfen. Dadurch wird zum mindesten ein Kompromiß ausgeschaltet, da ein an sich gebiegener Kompromißentwurf der traditionellen Art einem Mischmasch notwendig vorzuziehen ist.

Rostschutz für Eisen. So lange das Eisen im Leben der Völker zu Gebrauchsgegenständen verarbeitet wird, hat man versucht, das Problem zu lösen, auf welchem Wege man dem Betteiden des Eisens, Rost aufsetzen, am erfolgreichsten begegnen kann. Schon das Altertum verwandte Oele und Fette, also einen Ueberzug, der die Einflüsse der Feuchtigkeit abhielt. Bei unteren Meeresbauten aus Eisen, den Brücken und Uferbauten usw. aber stellte sich dies Verfahren als zu teuer heraus, da der Anstrich nur von beschränkter Dauer ist und ein Neuanstrich eine schwierige und kostspielige Entfernung der alten erforderte. Professor Barff hat nun ein Verfahren erfunden, das bei weitem praktischer zu sein scheint. Das Verfahren besteht darin, daß man durch Erhitzen bis zum Rotglühen und darauffolgenden Behandeln mit überhitztem Dampf die Oberfläche des Eisens in eine Eisenoxyduloxydverbindung, in schwarzes Eisenoxydul umwandelt, das sowohl schützt als auch unlöslicher mit dem darunter befindlichen Eisen verbunden ist. Länge der Einwirkung und Temperatur des Dampfes erzeugen stärkere oder schwächere Schichten und ermöglichen die Erzeugung größerer oder geringerer Widerstandsfähigkeit, z. B. technisch wichtige Einwirkung einer Dampftemperatur von 600 Grad erhalten den Ueberzug so, daß selbst die Stelle nicht mehr eindringen kann. Verarztig behandelte Eisenteile können wochenlang im Regen liegen und zeigen keinerlei Rostanlag. Man wendet das Verfahren auch schon in der Kleinindustrie z. B. für Brotschennabeln an.

Eine Gottfried Keller-Gedächtnisfeier veranstalten die vereinigten Kleinen Theater und Kleinen Kammerspielen zu Beginn der nächsten Spielzeit. Zum ersten Male in Deutschland wird des Dichters großes Dramenfragment „Therese" unter der Leitung von Dr. Altmann zur Darstellung gelangen. Dr. Max Hochdorf wird die Feier einleiten, die Musik von Hugo Wolf zu Gedichten Kellers wird den Auftakt des Bühnenspiels bilden.

Habilitationen. Für das Fach der Physiologie habilitierte sich in Gießen Dr. med. Robert Feulgen, Assistent am physiologischen Institut, mit einer Probevorlesung über das Thema: „Neuere Anschauungen über die Konstitution der Nucleinsäurekerne." — Der frühere Privatdozent der Rechte an der Universität Neuenburg (Schweiz) Dr. Harry Hollaß wurde als Privatdozent für Staats- und Völkerrecht an der Technischen Hochschule zu Darmstadt angeglaßt.

Professor Dr. Otto Warburg (ein geborener Hamburger), Privatdozent für Botanik an der Universität Berlin, und Leiter für tropische Pflanzenkunde am Seminar für orientalische Sprachen daselbst, vollendet am 20. Juli das 60. Lebensjahr.

Zeitschriftenschau. Die Leipziger im Verlag J. J. Weber erscheinende „Illustrierte Zeitung" gibt ein Heft „Das neue Reich" heraus, in dem bei verschiedenen führenden Persönlichkeiten in längeren und kürzeren Artikeln das Wort zu allgemeinen Zeitfragen ergreifen. Es spricht Hugo Preuß über die „Neue Reichsverfassung als Grundstein von Deutschlands Wiederaufbau", Wilhelm Kahl über die „Stärkung der Reichsgewalt in der Reichseinheit". Max Quarck erläutert den Satz „Die Staatsgewalt liegt beim Volke!" und Professor Heyerle „Die Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen". Ueber die Verfassungsfrage ist ein Aufsatz von Rudolf Oeser, über die Stellung der Frau eine Arbeit von Marie Juchacz. Weitere Artikel (W. Heile: „Die Neugliederung des Reiches", Adlaß: „Reichstag und Reichspräsident", Koch-Kasseel: „Der Volksentscheid" gegen Ueberschätzung und Urteile über die alle Deutschen bewegenden Angelegenheiten der Neuorientierung Deutschlands. Sehr bedauerlich ist nur eins, was immer wieder auftritt und endlich einmal ausgesprochen sei, daß nämlich eine so bedeutende, auch im Ausland so viel gelesene, das Deutschtum vertretende Zeitschrift mit ihren Illustrationen auf einem so unglaublich leichten Papier erscheint. Es ist nicht zu ertragen, welchen unzerstörbaren zähnefletschenden und grabklamöpfigen Kitsch das Zeitschrift sich ihren Zeichnern herstellen läßt. Es tut einem leid um das schöne Papier, das ihr noch zur Verfügung steht.

Die Sozialdemokraten **Auer** und Gen. beantragen: „Alle Bodenschätze und Naturkräfte sind in Gemeineigentum überzuführen."

Abg. **Osteroth** (Soz.)

begründet den Antrag Auer.

Abg. **Hampe** (D. Nat.))

wendet sich gegen die Auflösung der Fideikommisse.

Abg. **Bruckhoff** (Dem.)

empfiehlt den demokratischen Antrag. Es empfiehlt sich, die Nutzbarmachung der Wertsteigerung nicht nur in Form der Besteuerung, sondern, wie unser Antrag will, auch in anderer Form zu ermöglichen.

Abg. Dr. **Billig** (D. Nat.)

bezeichnet die Rede des Abg. Henke als „russischen Salat mit Erfurter Aromatique". (Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Becker-Essen** (D. Vp.):

Nicht nur Grundstücke unterliegen der fideikommissarischen Bindung, sondern beispielsweise auch Kunstsammlungen, und bei grundsätzlicher Aufhebung jeder Bindung würde die Gefahr bestehen, daß zahlreiche Kunstwerke ins Ausland abwandern.

Abg. Dr. **Raschig** (Dem.):

Nachdem wir eben erst die Gewährleistung des Eigentums beschlossen haben, ist es nicht möglich, die Bodenschätze ohne weiteres zu beschlagnahmen oder in Gemeineigentum zu überführen. Auch praktisch ist es undurchführbar, und in verstärktem Maße gilt beides von den Naturkräften.

Reichskommissar Dr. **Preuß**:

Der Entwurf eines Krieger-Heimstättengesetzes ist im Reichsjustizministerium fertig und den Staatsministerien mit der Bitte um möglichste Beschleunigung der Rückäußerung übergeben worden. Sobald diese erfolgt, werden die weiteren Vorarbeiten sofort aufgenommen werden.

Abg. **Henke** (U. Soz.):

Wenn die Regierungssozialisten sagen, sie bauen auf, so tun sie es nur, indem sie ihre Grundsätze preisgeben.

Abg. **Katzenstein** (Soz.):

Wir lehnen die Fideikommisse als Bestrebungen konservativer, ja reaktionärer Art ab. Regalien und Mutungen in den Händen Privater sind nichts als vom Staate verschenkte Hoheitsrechte. Die mit grammophonmäßiger Regelmäßigkeit erhobenen Vorwürfe der Unabhängigen lassen uns kalt.

Abg. Dr. **Waldstein** (Dem.):

Die Fideikommisse erfüllen die ihnen zugeschriebene Aufgabe nicht mehr. Anstatt, wie die Demokratie will, dem Tüchtigen freie Bahn zu schaffen, stellen sie den Untüchtigen für alle Fälle sicher.

Persönlich bemerkt Abg. **Osteroth** (Soz.): Wenn ich auch nicht eine so rindslederne Hirnrinde habe, wie der Abg. Henke, so habe ich doch noch nicht 15 000 ℳ im voraus liquidiert. (Heiterkeit.)

Vizepräsident **Haußmann**:

Sie dürfen von einem Abgeordneten nicht sagen, daß er eine rindslederne Hirnrinde hat. (Große Heiterkeit.)

In der Abstimmung wird der Artikel 152 unter Ablehnung aller übrigen Anträge nur mit der Aenderung angenommen, daß bei Wertsteigerungen der Boden für die Gesamtheit nutzbar zu machen, nicht der Gesamtheit zuzuführen ist, und daß statt „Naturkräfte" gesagt wird: „wirtschaftlich nutzbare Naturkräfte". Nur über die Aufhebung der Mutungsrechte wird morgen namentlich abgestimmt werden.

Artikel 153 (Vergesellschaftung) wird in der Ausschußfassung nebst einem Zusatzantrag der Sozialdemokraten angenommen. Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und deren Vereinigungen sind Träger der Gemeinwirtschaft.

Die Artikel 154 (Schutz der Arbeitskraft und einheitliches Arbeitsrecht), 155 (Schutz der geistigen Arbeit), 156 (Vereinigungsfreiheit zur Warnung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen), 157 (Sicherung der freien Zeit zur Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte), 158 (Arbeitsversicherungswesen), 159 (Zwischenstaatliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Arbeiter und 160 (Arbeitspflicht und Arbeitsrecht) werden ohne Erörterungen in der Ausschußfassung angenommen.

Artikel 161 (Schutz des Mittelstandes gegen Ausbeutung und Aussaugung) wird mit dem Austausch des Wortes „Ausbeutung" gegen „Ueberlistung" in der Ausschußfassung angenommen.

Artikel 162 (Räteartikel) bestimmt im wesentlichen: Arbeiter und Angestellte wirken mit den Arbeitgebern an den Lohn- und Arbeitsbedingungen und der gesamten wirtschaftlichen Entwickelung der produktiven Kräfte mit. Die Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt. Arbeiter und Angestellte erhalten gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten, Bezirksarbeiterräten und einen Reichsarbeiterrat. Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volkskreise Bewirtschaftsräte und einem Reichswirtschaftsrat, in denen die wichtigsten Berufsgruppen vertreten sind, grundlegende sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe sind dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorzulegen. Dieser kann solche Gesetze selbst beim Reichstag beantragen. Seine Vertreter können an den Reichstagsverhandlungen darüber teilnehmen.

Die Abgg. **Haußmann** (Dem.) und Genossen beantragen, daß die Reichsregierung, auch wenn sie den vom Reichswirtschaftsrat beantragten Gesetzesvorlagen nicht zustimmt, diese trotzdem unter Darlegung ihres Standpunktes beim Reichstag einzubringen haben.

Ein Antrag **Schneider** (Sachsen)-Haußmann (Dem.) will neben den Betriebsarbeiterräten ausdrücklich auch die Angestelltenräte aufgeführt sehen.

Abg. **Delius** (Dem.) beantragt, daß nicht „die wichtigsten Berufsgruppen", sondern „alle wichtigen Berufsgruppen" in den Wirtschaftsräten vertreten sein sollen.

Die Abgg. **Arnstadt** (deutschnat.) und Genossen beantragen an Stelle des Entwurfs die Errichtung eines nach allen Berufsständen gegliederten Reichswirtschaftsrates als öffentlich rechtliche Vertretung des gesamten Wirtschaftslebens; er hat grundlegende sozialpolitische und wirtschaftliche Gesetzentwürfe zu begutachten und kann solche selbst beim Reichstag beantragen.

In einem Artikel 162 sehen die Antragsteller die Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten mit den Unternehmern an den Lohn- und Arbeitsbedingungen und an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung der Produktionskräfte vor. Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden anerkannt. Arbeiter und Angestellte erhalten in den Betrieben Vertretungen (Arbeiterausschüsse, Angestelltenausschüsse, Betriebsarbeitnehmerräte) durch ein besonderes Reichsgesetz. In den öffentlichrechtlichen Wirtschaftskörperschaften erhalten die Arbeiter und Angestellten eine gesetzliche Vertretung.

Unabhängige Frau **Agnes** u. Gen. beantragen die Wahl von Betriebsräten durch die Arbeiter und Angestellten, die an der Leitung der Betriebe entscheidend mitwirken und die Sozialisierung fördern sollen. Die Arbeiterräte sollen die Verwaltung in Reich, Staat und Gemeinden beaufsichtigen und haben das Recht des entscheidenden Einspruchs gegen gesetzliche Maßnahmen.

Abg. Dr. **v. Delbrück** (D. Nat.):

Der Rätegedanke, dem wir eine weittragende Bedeutung zusprechen, wird den Gärungsprozeß in unserer Verfassung noch längere Zeit aufrechterhalten. Es ist der einzige neue politische Gedanke, den die Revolution bis jetzt zutage gefördert hat, aber er ist nicht bei uns geboren, sondern er ist ein Kind der russischen Revolution. Er war dort gedacht als ein Mittel zur Durchführung der Revolution und er hat in seiner Wirkung zu einer Vernichtung der Intelligenz und des Kapitals geführt. In der Form der Arbeiter- und Soldatenräte, wie er bei uns sich ausgestaltet hat, fand er bald in den weitesten Kreisen eine lebhafte Gegnerschaft, auch bei der Regierung, und erst einem starken Drucke von links folgend, hat sich die Regierung zur „Verankerung" des Gedankens in der Verfassung entschlossen. Der Artikel 162 enthält eine Reihe von Bestimmungen, die für uns unannehmbar sind, trotzdem liegt in dem Gedanken eine Tendenz, die auch bei uns Anklang gefunden hat, wenn sich die Entwicklung namentlich als Gegengewicht gegen eine Ueberspannung des Parlamentarismus in der Richtung der Schaffung einer berufsständischen Kammer bewegt, in der die Vertreter des gesamten schaffenden Volkes vertreten sind. Diese Entwicklung wird mit oder ohne unser Zutun eintreten. Mit der Schaffung eines Reichswirtschaftsrats führen wir ein drittes Parlament in unsere Verfassung ein; dieses Parlament wird aber das natürliche Bestreben haben müssen, seine Zuständigkeit zu erweitern, und das bedeutet den Beginn eines Kampfes zwischen Reichstag und Reichsrat auf der einen und dem Reichswirtschaftsrat auf der anderen Seite, wobei unserer Ueberzeugung nach eines schönen Tages der Reichswirtschaftsrat als Erbe an die Stelle des Reichsrats treten wird. (Hört! Hört! links.) Auf der anderen Seite sind wir gern bereit, den Wünschen der Arbeiter und Angestellten in Fragen des Arbeiter- und Angestelltenrechts Rechnung zu tragen. Zu dem Zwecke sehen wir in einem Artikel 162 a die Schaffung eines besonderen Arbeitnehmerrates vor. Dringend warnen müssen wir vor jedem Versuch, die Beamten in all diesen Fragen den Angestellten gleichzustellen. (Beifall rechts.)

Abg. **Erkelenz** (Dem.):

Wir stehen dem Rätesystem grundsätzlich sympathisch gegenüber, wenn wir die Art und Weise auch bedauern, wie er in die Verfassung hineingekommen ist, nämlich unter dem Druck der Straße. Wir lehnen es aber ab, diesen Räten irgendwie geartete politische Rechte zu gewähren. Und wir lehnen es ebenso ab, sie allgemein als Kontrollorgane einzusetzen. Wir können die Räte als Kontrollorgane der Demokratie nicht anerkennen. Wir sind dagegen für die Arbeiterräte als Organe der sozialen Selbstbestimmung. Die Arbeiter sollen eine Mitverantwortung in den Betrieben erhalten. Bisher hatten wir nur eine bureaukratische Sozialgesetzgebung. Sie muß in die Selbstverwaltung der Unternehmer und Arbeiter gelegt werden. Es mag bedenklich erscheinen, in dieser Zeit der Streiks den Arbeitern neue Rechte zu geben, aber der deutsche Arbeiter ist sonst der zahmste und willigste Arbeiter der Welt. Und der größte Teil der Arbeiter ist auch jetzt noch nicht von dieser Krankheit angesteckt. Wir werden wieder zu einer Gesundung und zu einem gesunden Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern kommen. Grundsätzlich wollen wir uns also an dem Ausbau des Rätegedankens beteiligen. Den Reichswirtschaftsrat als besonderes Parlament neben dem Reichstag wünschen wir nicht, aber wir wollen ihm das Recht geben, Gesetze einzubringen, auch wenn die Reichsregierung diesen nicht zustimmt. In diesem Falle muß der Wirtschaftsrat seine Vorlagen selbst vor dem Reichstag vertreten können. (Beifall b. d. Dem.)

Abg. **Koenen** (U. Soz.):

So, wie die Regierung den Rätegedanken in den Generalstreiktagen des März versprochen hatte, hat sie ihn nicht ausgeführt. Diese Vorlage wird keine Beruhigung schaffen. Die Arbeiter wollen ein schnelleres Tempo sehen. Durch den Krieg sind auch die Eisenbahnarbeiter aufgerüttelt worden. (Ruf rechts: durch Hetze!) Wenn eine Hetze gewesen wäre, hätte sie nicht wirksam sein können, wenn sie den Boden der Unzufriedenheit nicht vorbereitet gefunden hätten. Beklagen Sie sich bei sich selbst, nicht bei uns. Auch die Landarbeiter verlangen jetzt Befriedigung. Die jungen Leuten, die als politisch indifferent in den Krieg gingen, sind durch den Krieg zu Trägern des revolutionären Gedankens geworden und gegen diese kommt auch die alte Sozialdemokratie nicht auf. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Rechtssozialisten vertreten nicht mehr die Rechte des Proletariats. Durch das Rätesystem wird nur der Anfang mit der Gleichberechtigung der Arbeiter gemacht. Wir wollen nicht Arbeitskammern, sondern Arbeiterkammern. (Vizepräsident Haußmann macht den Redner darauf aufmerksam, daß seine Redezeit abgelaufen sei.) Unser Antrag begnügt sich vorläufig mit der Kontrolle, die Arbeiterräte sollen aber schließlich in alle Verwaltungen eindringen. (Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Reichsarbeitsminister Schlicke:

Gewiß wäre es zweckmäßiger gewesen, wenn die Vorlage uns früher beschäftigt hätte. Aber die Partei der Unabhängigen hat zu der Verspätung wesentlich beigetragen. (Lärmender Widerspruch bei den Unabh. Soz.) Diese Vorlage geht auch ganz wesentlich über das hinaus, was die Regierung versprochen hatte. Allerdings hat sie niemals versprochen, daß sie politische Arbeiterräte schaffen will. (Sehr richtig!) Das Rätesystem arbeitet nicht überall vollkommen, wie man aus nächster Nähe, aus ihrer Herrschaft etwa in München sehen konnte. (Erregter Widerspruch bei den Unabh. Soz. Rufe: Lächerlich! Es waren ja die Mehrheitssozialisten!) Sie haben sich nicht vollkommen vom Kapitalismus losgesagt, es gibt überhaupt nicht eine einzige Partei im Hause, die nicht Kapitalisten unter sich hätte und Kapitalisten ablehnte. Wesentlich ist, daß die Arbeiter sich nicht von den Kapitalisten übertölpeln lassen. Danach sollen aber die Unabhängigen in ihrer eigenen Partei nachfragen.

Abg. **Ehrhardt** (Zentr.):

Etwas Berechtigtes liegt in dem Rätesystem. Aber die damit verbundene Agitation kann bedenklich stimmen.

Abg. **Schneider**-Sachsen (Dem.)

begründet seinen Antrag. Die Angestellten dürfen nicht nach denselben Gesichtspunkten behandelt werden, wie die Arbeiter. Nicht etwa, weil sie glauben, daß sie mehr seien als die Arbeiter, sondern weil es zahlreiche Fragen gibt, bei deren Lösung die Angestellten unter sich sein müssen. Es muß dafür gesorgt werden, daß auch die geistigen Leistungen der Angestellten Beachtung finden. Die Unabhängigen wollen, daß erst einmal alles proletarisiert wird. (Zuruf des Abg. Koenen: Hat der Krieg schon getan.) Auf diesem Wege gehen die Angestellten nicht mit, die bleiben auf dem Boden der demokratischen Republik. (Beifall.))

Abg. Dr. **Hugo** (D. Vp.):

Der Ausbau des Arbeiterrechts und damit die Ueberwindung des Klassengegensatzes zwischen Unternehmern und Arbeitern ist eine Voraussetzung über den Wiederaufbau unserer Wirtschaft. Und dabei fällt in der Reihe der zu dem Zweck zu schaffenden Organisationen dem Wirtschaftsrat eine außerordentlich wichtige Rolle zu. Deshalb wünschen wir, daß ihm die Möglichkeit gegeben wird, jederzeit im Reichstag seine Sachkunde zur Geltung zu bringen. Die Bezirksräte sollen nach unserer Auffassung nicht aus den Betriebsräten heraus, sondern durch allgemeine Wahlen regional gebildet werden. Auf seiten der Arbeiterschaft wird man sich vor allen Dingen zu der Erkenntnis durchringen müssen, daß die Arbeit des Kopfarbeiters für den Betrieb mindestens ebenso wichtig ist, wie die des Handarbeiters.

Reichsarbeitsminister Schlicke:

Die Arbeiterausschüsse in den Betrieben werden aufgehoben werden. In einem Betrieb zwei Körperschaften mit denselben Aufgaben zu betrauen, erschien nicht angängig. Wie die Arbeitgeber vertreten sein sollen, darüber kann ich mich heute noch nicht äußern. Es kommt darauf an, die beiden Kreise, die verschiedene Interessen zu haben glauben, zur Zusammenarbeit zu bringen. Das würde nur einem gemeinschaftlichen Rate gelingen. Damit ist die Möglichkeit, daß jeder Teil für sich berät, nicht ausgeschaltet. Sie würden, etwa wie die Fraktionen des Hauses, vorher gesondert Stellung nehmen können, Die Trennung wollen wir nicht durch die Verfassung oder das Gesetz vorschreiben, sondern sie den Bedürfnissen entsprechend den Parteien überlassen. Eine Majorisierung dürfte ausgeschlossen sein. Das Wesentlichste ist, daß die beiden Gruppen sich verstehen lernen. Differenzen braucht es nur auf sozialem Gebiet zu geben und hier sind Majorisierungen ausgeschlossen.

Abg. **Sinzheimer** (Soz.):

Eigentümlicherweise berühren sich in dieser wichtigen Frage die Rechte und die äußerste Linke. Augenscheinlich wollen sie die Demokratie schwächen, wenn nicht zerstören. Die äußerste Linke sieht hier den Weg zur Diktatur frei und damit zu jeder Gewalttat.

Die besten Theoretiker der Unabhängigen geben zu, daß die Sozialisierung gegenwärtig undurchführbar ist. Das Ergebnis dieser Beratung muß sein, daß die Massen wieder Vertrauen zum Staat und zur Wirtschaftsentwicklung gewinnen. Das wird gelingen, wenn man die Arbeiter als Menschen behandelt. (Lebhafter Beifall.)

Reichskommissar Dr. **Preuß** empfiehlt aus technischen Gründen, dem Antrag Haußmann zu folgen.

Abg. **Koenen** (U. Soz.): Die Mehrheitssozialdemokratie weigert sich, dem Kapitalismus den Dolchstoß in den Rücken zu versetzen. Wir wollen aber über die Diktatur der Arbeiterschaft zu einer höheren Form der Demokratie. (Gelächter.) Die Verfassung ist längst durch die Konzessionen der Mehrheitssozialisten an den Klerikalismus und Kapitalismus überholt.

Reichsarbeitsminister **Schlicke**:

Die Wahlen werden in besonderen Wahlkörpern der Angestellten vorgenommen werden.

Abg. **Braune** (Zentr.):

Wie sollen die Angestellten ihre besonderen Wünsche vorbringen?

Reichsarbeitsminister **Schlicke**:

Selbstverständlich können sie solche unter sich verhandeln und vertreten, wie auch die Arbeitgeber.

Abg. **Braun** (Zentr.):

Es soll da also ein einheitlicher Betriebsrat zustandekommen? Da müßten wir unsere Stellung zu dem Gesetz nochmals prüfen. In sozialen Angelegenheiten werden sie doch aber Beschlüsse fassen können? (Der Minister nickt.) Das ist eine Beruhigung.

Abg. Dr. **Sinzheimer** (Soz.):

Aus der höheren Form der Demokratie bei den Unabhängigen wird nur ein ganz hoher Diktator herauskommen.

Abg. **Schneider** (Dem.):

Darauf kommt es an, welches Maß die Vertretung der Angestellten erhält, werden ihre Ausschüsse beseitigt, so werden sie dadurch entrechtet. Das ist eine Karikatur von Gesetzgebung. Die Angestellten in ihrer Gesamtheit haben die gleiche Bedeutung wie die Arbeiterschaft.

Reichsarbeitsminister **Schlicke**:

Die Wahlen spielen hier überall eine Rolle, aber in den meisten Fällen werden die guten Gründe entscheiden. Jedenfalls müßten beide Teile den Willen haben, zusammenzuarbeiten. Wir sind damit einverstanden, daß der Entwurf noch weitere Verbesserungen im Sinne der Angestellten und Arbeiter erhält.

Abg. **Giebel** (Soz.):

Angestellte und Arbeiter sind darauf angewiesen, in den Betriebsräten gegen den Kapitalismus zusammenzustehen. Die Angestellten wollen auch gar nicht isolierte Betriebsräte für sich, denn sie wissen, daß sie gar nicht schlecht dabei fahren, wenn sie die organisierten Arbeiter der Betriebe mit vor ihren Wagen spannen. Dem Interesse der Industrie selbst diene es, wenn auf der einen Seite die Unternehmer, auf der anderen Seite die Kopf- und Handarbeiter zusammenwirken.

Abg. **Andre** (Zentr.)

erklärt, daß nach der Auslegung des Antrages Schneider ein Teil seiner Freunde nicht für diesen Antrag stimmen können. 200 Angestellte könnten nicht ebenso viele Vertreter im Betriebsrat haben wie 2000 Arbeiter. Arbeiter und Angestellte müssen zusammenarbeiten.

Abg. **Schneider**

bemerkt, daß sein Antrag den Angestellten nur eine Vertretung für ihre besonderen Angelegenheiten schaffen wolle.

Damit schließt die Besprechung, um 10¾ Uhr vertagt das Haus die weitere Beratung auf **Dienstag** 10 Uhr pünktlich.

Kurze Anfragen bei der Nationalversammlung.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

K. **Weimar**, 21. Juli.

Abg. Dr. **Herrmann**-Posen (Dem.) richtet die Anfrage an die Regierung, ob sie bereit sei, Schritte zu ergreifen, um unverzüglich ein einwandfreies Bild vom Stand der **Internierungen durch die Polen in der Provinz Posen** und von dem Schicksal der Internierten zu gewinnen, da trotz der Verhandlungen mit den Polen die Verhaftungen von Geiseln durch die Polen fortgesetzt werden.

Eine **konservative** Anfrage bemängelt die **angeblichen Versuche der Regierung, auf die Presse** durch tendenziös entstellte Darlegungen über die Entstehungsgeschichte des Landarbeiterstreiks **einzuwirken**.

Abg. **Nitzschke** (Dem.) richtet die Anfrage an die Regierung, wie sie sich gegenüber dem offenkundigen **Bestreben des Freistaates Sachsen**, durch Landesgesetzgebung der **reichsgesetzlichen Regelung des Volksschulwesens vorzugreifen**, stelle. Derselbe Abgeordnete fragt an, was das Reich dagegen zu tun gedenke, daß der Freistaat Sachsen gesetzlich festgelegt habe, daß das **Kohlenunterirdische ohne jede Entschädigung enteignet werde**, was dem Paragraphen des Sozialisierungsgesetzes widerspreche.

Abg. **Hermann**-Württemberg (Dem.) wünscht in einer Anfrage zu erfahren, wann die Regierung den vom Reichswirtschaftsminister zugesagten Gesamtplan über die **zukünftige Textilforschung** vorlegen wolle.

Eine Anfrage des Abg. **Delius** (Dem.) behauptet, daß die **Reichsstelle für Obst und Gemüse** für die Abgabe von Feigen Höchstgebote vom Großhandel eingefordert und dadurch die **Preise verteuert** habe, und fordert Gegenmaßnahmen der Regierung.

Eine Anfrage des deutschnationalen Abg. **Biener** wünscht eine umfangreiche **Unterstützung der aus Elsaß-Lothringen** durch die Franzosen **Ausgewiesenen**. Eine weitere deutschnationale Anfrage richtet sich gegen die Verurteilung eines deutschen Staatsanwalts und eines deutschen Amtsrichters in Kehl, die erfolgte, weil sie gegen einen Rechtsagenten Hompa, der den Anschluß des Brückenkopfes Kehl an Frankreich betrieb, eingeschritten wären, und verlangt Rückgängigmachung dieser Bestrafung.

Anträge und Anfragen in der Preußischen Landesversammlung.

Lehrstühle für Politik. Einrichtung von Lehrstühlen oder Lehraufträgen für Politik an allen Hochschulen. Antrag der Deutschen demokratischen Partei.

Oeffentliche Verpachtungen. Maßnahmen gegen die öffentlichen Verpachtungen von Wiesen, Aeckern und Obstbäumen, wodurch ihre Erträgnisse derart verteuert werden, daß ihr Absatz in vielen Fällen nur zu Schleichhandelspreisen möglich ist. Anfrage der Deutschen Volkspartei.

Lehrerbesoldung. Vorlage eines Gesetzentwurfs, daß fortan die Lehrer und Lehrerinnen in allen Gemeinden die Berechtigung der Ortszulagen erhalten und der Höchstbetrag der Ortszulagen ganz erheblich erhöht wird.

Warnung an die „Hamburger Volkszeitung".

Hamburg, 20. Juli. Das Korps Lettow teilt uns folgendes zur Veröffentlichung mit:

Bereits zu Beginn des Belagerungszustandes war das Korps gezwungen, die „**Hamburger Volkszeitung**" wegen Beleidigungen der Reichswehrtruppen und Verbreitung unwahrer Darstellungen der Vorgänge beim Einmarsch **zu verbieten**. Neuerdings nimmt die Haltung des unabhängigen Blattes wieder Formen an, die die Notwendigkeit eines Verbotes nahe bringen, das sich nicht auf den politischen Standpunkt des Blattes bezieht, sondern auf den unerhörten und beispiellosen Ton, in dem die „Hamburger Volkszeitung" die Regierung und Behörde beschimpft. Die große Gefahr, die die fortgesetzte Hetze mit allen Mitteln für den Frieden des Landes und der Bevölkerung bedeutet, zwingt das Korps, endlich **dieser Sabotage ein Ende zu setzen**. Unter dem Belagerungszustand hetzt das Blatt offen die Landarbeiter zum Streik auf (Leitartikel Nr. 164), spricht von einer total korrumpierten und degenerierten Regierung (ebendaselbst). Ein Korpsbefehl, der verfassungsmäßig die Beibehaltung von Soldatenräten verbietet, wird „**Das skandalöseste Dokument**" benannt, das in dieser Beziehung fertiggebracht wurde. Ein Satz wie dieser „Eine antisemitische reaktionäre Clique mißbraucht Belagerungszustand und militärische Gewalt zur Befriedigung ihrer pöbelhaften Wahnvorstellung", kennzeichnet nur den allgemeinen Ton des unabhängigen Blattes. Das Korps warnt die „Hamburger Volkszeitung" vor Fortsetzung dieser marktschreierischen Hetze. Das Blatt möge seinen politischen Standpunkt vertreten, wenn es aber diese Schreibweise, die notwendig Unruhen unter der arbeitenden Bevölkerung nach sich ziehen muß, fortsetzen will, wird sich die Notwendigkeit **eines abermaligen Verbotes** ergeben, das das Blatt sich selbst zuzuschreiben hat. Die Zeitung sei auch noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Verordnungen des Korps befehlsgemäß an der Spitze des Blattes zu bringen sind, was die Volkszeitung gänzlich unterlassen hat.

Der Terror in den Hamburger Lazaretten.

Hamburg, 20. Juli. Das Geschrei, das die linksradikale Presse gegen die Durchsuchung des **Krankenhauses Veddel** erhebt, veranlaßt das **Korps Lettow**, einige Mitteilungen über **die wahren Zustände** in den Hamburger Lazaretten zu machen. Danach übt eine Minderheit von spartakistischen Elementen dort einen brutalen Terror auf alle Insassen aus. Als schwer verletzte Bahrenfelder mit Bauch- und Rückenschüssen in die Hamburger Lazarette eingeliefert wurden, **prügelten die Insassen rücksichtslos auf die schwer Verletzten ein**, beschimpften sie aufs gemeinste und rissen ihnen die Kokarden ab. Rufe: „Hier kommt kein Noske-Gardist lebendig wieder heraus!" wurden laut. Auch das Personal war bereits zum Teil von dieser Gesinnung angesteckt. Die Durchsuchung des Marinelazaretts Veddel war überdies durch den Verdacht veranlaßt, daß ein Teil der Insassen an den Rathausunruhen beteiligt war. Mit Bestimmtheit sind sieben Personen wiedererkannt, die an den Morden und Unruhen jener Tage teilgenommen haben. Um allen weiteren Hetzereien und böswilligen Ausdeutungen von sogenannten „Uebergriffen" den Boden zu entziehen, sind die durch die Zeitungen bekannt gewordenen Fälle sofort **kriegsgerichtlich untersucht** und die Zeugen vernommen worden.

Deutsch-demokratischer Parteitag.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung des deutsch-demokratischen Parteitages wurde auf Antrag des Vorsitzenden, Professors **Gerland**, beschlossen, mit Rücksicht auf den Verkehrsstreik ohne Pause bis 4 Uhr nachmittags durchzutagen. Die Beratung der Satzung wird einstweilen von der Tagesordnung abgesetzt, da die Satzungskommission mit ihren Beratungen noch nicht fertig ist.

Justizrat **Marwitz** erstattete den Bericht der Mandatsprüfungskommission. **Sämtliche Mandate** werden für **gültig erklärt**. Es sind angemeldet 560 Delegierte und 46 Vertreter der Organisationen. Es folgte dann die Besprechung von Anträgen, die größtenteils dem Zentralvorstand oder den Fraktionen der gesetzgebenden Körperschaften überwiesen werden. Hierauf richteten die Referenten ihre Schlußworte an den Parteitag. Besonders bemerkenswert sind die Ausführungen des Abg. Dr. **Petersen**, der hervorhebt, daß bezüglich der Haltung der Fraktion in Weimar keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten hervorgetreten seien. Die Behauptungen des Freiherrn von Richthofen, daß das Schulkompromiß nur angenommen sei, weil die Demokraten aus der Regierung ausgetreten seien, sei falsch. Die Verantwortung für das rückständige Kompromiß treffen ausschließlich die Sozialdemokratie. Der Austritt aus dem Kabinett habe nichts geändert an der Stellung der Partei gegen rechts. Darin bestehe in der Partei Einmütigkeit. Wir gehen neben der Sozialdemokratie her und sind bereit, jede verständige fortschrittliche Politik restlos zu unterstützen. Wir sind für soziale Durchdringung des Wirtschaftslebens und für die Demokratisierung der Wirtschaftsbetriebe. Daß die Revolution ausgeartet ist in Lohnbewegungen, zeigt die Verständnislosigkeit der Arbeitnehmerschaft für die Vorgänge der Gegenwart. Die Sozialdemokratie versagt, weil sie nicht gelernt hat, zu regieren; infolge der unsinnigen Politik der früheren Regierung und der Konservativen, die sie nicht zum Mitträger der Staatsverantwortlichkeit gemacht haben. Der Redner begrüßt dann das Auftreten der Jugend auf dem Parteitag. Sie habe die Aufgabe, die Partei vorwärts zu treiben. Sie müsse aber das Vertrauen zum Alter behalten.

Graf **Bernstorff** hebt hervor, daß gegen seine außenpolitischen Ausführungen kein Widerspruch erhoben worden sei. Der Streit hinsichtlich der Parteien in der Friedensfrage sollte begraben werden.

Der Abgeordnete **Nuschke** erklärt, daß die Partei keinen Unterschied mache zwischen jugendlichen und anderen Mitgliedern, alle seien gleichberechtigt. Der Vorsitzende, Abgeordnete **Koch**, der inzwischen wieder die Leitung übernommen hat, faßt das Ergebnis der Aussprache noch einmal zusammen, und nun beginnt der Parteitag sich mit den Anträgen zu den Referaten zu beschäftigen. Es liegen etwa 40 Anträge vor.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen erteilte der Parteitag **der Fraktion ein Vertrauensvotum** und lehnte einen Antrag ab, in dem der Austritt aus der Koalition mißbillig wird. Ein Antrag des Abgeordneten **Weiß gegen das Schulkompromiß** wurde **einstimmig angenommen**, ein Antrag, der die **dreijährige Legislaturperiode** fordert, wurde mit 353 gegen 303 Stimmen **abgelehnt**. Dagegen wurde mit großer Mehrheit einem Antrage zugestimmt, der die Fraktion auffordert, hinsichtlich der dreijährigen Legislaturperiode **neue Erwägungen** anzustellen.

Sodann begann die Erörterung der **Programmfrage**. Unter dem Vorsitz von Dr. **Gertrud Bäumer** wurde zuerst der Satzungsentwurf beraten, der von der Satzungskommission in 12stündiger Arbeit grundlegend verändert worden ist. Den Bericht darüber erstattete Geheimrat Professor Dr. **Schreiber**. Der **Satzungsentwurf** wurde schließlich in der Kommissionsfassung **en bloc angenommen**. Die Beratung des neuen Programms wurde eingeleitet durch ein Referat des Rechtsanwalts Dr. **Frankfurter**-Berlin. Der Programmentwurf wurde schließlich einer **Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen**. Von einer Generaldebatte nahm man Abstand.

Anläßlich des den **Deutsch-Oesterreichern** zugedachten **Gewaltfriedens** nahm der Parteitag eine **Sympathiekundgebung** an, in der er gleichzeitig die Hoffnung auf die Vereinigung mit Deutschland aussprach. An **Hindenburg** wurde ein **Huldigungstelegramm** abgesandt, in dem ihm und dem gesamten Heere der unauslöschliche Dank des Vaterlandes erneut zum Ausdruck gebracht wird.

Dann referierte der Abgeordnete **Naumann** über „**Schule und Kirche**". Er schloß unter langanhaltendem Beifall mit der Forderung, der Geist gegenseitiger Duldung möge stärker werden.

Der Parteitag vertagte sich sodann auf Dienstag vormittag.

Die Januarunruhen im Untersuchungsausschuß.

Der **Untersuchungsausschuß der Preußischen Landesversammlung** wegen der **Unruhen** setzte am Montag das Zeugenverhör fort. Polizeiwachtmeister **Wiedmer** war persönliche Ordonanz beim Polizeipräsidenten. Er ist Augenzeuge der hauptsächlich durch Braun und Laub im Polizeipräsidium vorgenommenen **Waffenverteilungen** gewesen, die nahezu täglich an Zivilisten erfolgten. Eichhorn hat es gelegentlich mit angesehen. Für alle **politischen** Angelegenheiten hatte sich Eichhorn eigene Ordonanzen angestellt. Zeuge **Georg Schmitt**, Betriebsratmitglied bei Schwartzkopff, sagt aus, daß am 24. Dezember das Werk Zinnowitzerstraße anrief, **militärisch ausgebildete Arbeiter** sollten sofort zum Polizeipräsidium kommen. Werk Scheringstraße lehnte ab, von Zinnowitzerstraße gingen etwa 300 Mann sofort nach dem Polizeipräsidium und erhielten dort Waffen. In einer gemeinsamen Betriebsratssitzung beider Werke wurden dem Werke Scheringstraße **Vorwürfe** gemacht, daß es an der Aktion nicht teilgenommen hätte; der Anruf sei **wirklich vom Polizeipräsidium** aus erfolgt und einem Vertreter des Werkes Zinnowitzerstraße von **Eichhorn persönlich** bestätigt worden. Der wiederholte Antrag des Zeugen, festzustellen, wem Eichhorn diese persönliche Betätigung erteilt hätte, wurde abgelehnt. Am **4. Januar**, abends, hat im Polizeipräsidium eine **Sitzung der revolutionären Obleute** stattgefunden, in der mit 70 gegen 3 Stimmen beschlossen wurde, Eichhorn unbedingt zu halten, und den **Versuch zu machen, die Regierung mit Gewalt zu stürzen**. **Richard Müller** enthielt sich der Stimme. Unter den Gegnern der Aktion war **Däumig**, einer der Haupttreiber **Dorenbach** und der Vertreter der Spandauer Werke.

Zeuge Albert **Hennecke** hat das Polizeipräsidium gemäß dem Befehl Eichhorns bis zur Erstürmung durch die Regierungstruppen verteidigt. Gegen seinen Willen sind am Montag, den 6. Januar, im Polizeipräsidium **3000 Gewehre an Zivilisten verteilt** worden. Der Zeuge macht Angaben über einzelne Personen, von denen er annimmt, daß sie **Regierungsspitzel** gewesen seien. Aber natürlich hätten auch die Verteidiger des Polizeipräsidiums ihre Spitzel unter den Regierungstruppen gehabt. Auch **Ausschreitungen**, insbesondere Gefangenenmorde seien auf beiden Seiten vorgekommen, ohne daß man dafür jemanden verantwortlich machen könnte; es sei ein **allgemeiner Blutrausch gewesen**. Der Zeuge, der damals Unabhängiger war und jetzt Kommunist ist, mißt die Hauptschuld an den blutigen Ereignissen dem intimsten Vertrauten Eichhorns, **Justin Braun**, zu. Mit der Sicherheitswehr hätte die Regierung nach seiner Ueberzeugung bei geschicktem Vorgehen einen Weg zur Verständigung finden können. Der Zeuge hat die meisten Verteidiger des Polizeipräsidiums in den Tagen vor der Erstürmung nach Hause geschickt, weil er sie nach Eichhorns feiger Flucht nicht unnütz für eine verlorene Sache opfern wollte. Er selbst ist bei der Erstürmung gefangen genommen worden, aber wieder freigekommen.

Die Vernehmung dieses Zeugen und das weitere Zeugenverhör werden am Dienstag fortgesetzt.

Entschließung gegen den Gewaltfrieden in Stettin.

W. **Stettin**, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der heutige internationale Proteststreiktag verlief in Stettin **vollkommen ruhig**. In den großen Betrieben wurde um 10 Uhr vormittags die Arbeit eingestellt, doch wurde sonst fast überall gearbeitet. Die Straßenbahn verkehrte, ebenso waren die lebenswichtigen Betriebe nicht stillgelegt. Nachmittags um 4 Uhr fand unter freiem Himmel eine Protestversammlung statt, an der beide sozialdemokratischen Parteien beteiligt waren. **Eine Entschließung gegen den Gewaltfrieden** wurde einstimmig angenommen. Daran schloß sich ein Protestumzug, in dem rote Fahnen und Plakate mit Aufschriften getragen wurden und durch den der Betrieb in den Hauptstraßen der Stadt eine halbe Stunde stillgelegt wurde.

Die Casseler Kindermörder verhaftet.

Cassel, 19. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Auch der dritte Haupttäter des Schulhausmordes in Empfershausen ist in dem Maurergesellen Otto Meyer aus Cassel ermittelt und dingfest gemacht worden.